

# Alerta Südthüringen

Infoheft für antifaschistische Kritik und Aktion aus Südthüringen



## Schwerpunkt im Heft: Gewalt

- ▶ Mächtig gewaltig – Unterschiedliche Assoziationen zu Gewalt und Polizei
- ▶ United we stand – Gegen Naziaufmärsche und Repression in Saalfeld und überall
- ▶ Zum Tod von Lars Rehbeil – Dokumentation eines Redebeitrags
- ▶ Willkommenskultur und Abschiebepolitik – Dokumentation eines Podiumsbeitrags
- ▶ außerdem im Heft: Imagesorgen in Ilmenau, Städtisches Gedenken an NS-Täter in Suhl, uvm.

## IN DIESER AUSGABE:

	Editorial	—	3
Was ist los in Südthüringen (und Umgebung)? – Short News zum alltäglichen Wahnsinn in unserer Region		—	4
Mächtig gewaltig – Unterschiedliche Assoziationen zu Gewalt und Polizei		—	11
United we stand – Gegen Naziaufmärsche und Repression in Saalfeld und überall		—	15
Zum Tod von Lars Rehbeil – Dokumentation eines Redebeitrags		—	16
Willkommenskultur und Abschiebepolitik – Dokumentation eines Podiumsbeitrags		—	18
Über die Sorge der Ilmenauer um das Image ihrer Stadt		—	22
Plattentipp: Gülleschiss – Menschenmusik		—	24
Eine Gedenktafel für Suhler Nazis		—	25
Zur Selbstaufgabe eines alternativen Zentrums in Suhl – Dokumentation des Statements der Ex-Supporter		—	28
Das AK40 in Suhl – ein neues Projekt südlich des Rennsteigs		—	29
Menschen im antifaschistischen Widerstand – Teil II: Karl Zink		—	30
Was heißt Antifa? – Teil II		—	32
Zum sachgemäßen Umgang mit Pfefferspray		—	38

*Unser Titelbild zeigt den Angriff einer Polizeieinheit auf eine Gruppe junger Antifaschisten, die am 31. März 2017 in Sonneberg mit einer Sitzblockade einen Naziaufmarsch blockierte. Im Laufe des Angriffs sprühten drei Polizeibeamte ohne jede Vorwarnung Pfefferspray in die schutzlose, unbewaffnete, gewaltlos dasitzende und von Polizisten umstellte Gruppe. Solche Gewalt durch Polizeibeamte ist keine Ausnahme. Die Ausnahme besteht in der umfassenden Dokumentation des Angriffs durch einen Journalisten. Gewöhnlich kriegen umstehende Fotografen auch auf die Fresse.*

So erreicht ihr uns:

### Alerta Südthüringen

alerta-sth@riseup.net  
www.alerta.ml

Vi.S.d.P.: Stefan Müller, Straße der Opfer des Faschismus, 98527 Suhl

**D**REI MONATE HAFT MINDESTSTRAFE FÜRS BULLENSCHUBSEN plant das Bundesjustizministerium in einem neuen Gesetzesentwurf, für den die mächtige Law-and-order-Fraktion der deutschen Politik zum Schutz von Staatsdienern schon lange trommelt. Am 31. März 2016 wurden einige dieser schützenswerten uniformierten Rindviecher im Schutze des Rudels ein paar unbewaffnete, keine Gewalt anwendende Jugendliche mit Reizgas in Sonneberg (Titelbild). Ihr Vergehen: Sie saßen auf einer abgesperrten Straße und blockierten damit einen Naziaufmarsch. Inzwischen wird gegen die Betroffenen ermittelt. Die angreifenden Bullen, die wegen schwerer Körperverletzung im Amt diesem enthoben und laut §340 StGB Minimum drei Monate in den Knast gehören, sollte die Rede vom Rechtsstaat irgendeine Bedeutung haben, werden, so unsere praktische Erfahrung aus Jahrzehnten politischer Auseinandersetzungen, straffrei davon kommen. Die härteste Maßnahme gegen marodierende Beamte ist bekanntlich der Hinweis durch Vorgesetzte beim nächsten Mal auch den anwesenden Journalisten zusammenschlagen und seine Ausrüstung zu zerstören. Ohne Beweise keine öffentliche Empörung. Demokratie made in Germany!

Gründe genug also um Gewalt zum Gegenstand dieser Ausgabe zu machen. Unser Leitartikel geht der Frage der Legitimität politischer Gewalt sowie dem von der Zivilgesellschaft gern bemühten Dogma des Gewaltverzichts nach und entlarvt den Ruf nach Verzicht auf Gewalt in der politischen Auseinandersetzung als Affirmation der herrschenden, mörderisch-gewalttätigen Verhältnisse. Im Artikel zur Repression gegen junge Antifaschisten aus Saalfeld und einem dokumentierten Redebeitrag zum Tod des Punks Lars Rehbeil in einer Ilmenauer Polizeigewahrsamszelle geht es um verschiedene Fälle und Dimensionen staatlicher, d.h. von der Mehrheitsgesellschaft als legitim anerkannter Gewalt gegen linke Aktivisten und Menschen, die sich gesellschaftlichen Normierungen und Erwartungen nicht schadlos beugen. Staatliche Gewalt gegen Flüchtlinge und dass das Abschieberegime auch mit einer linken Landesregierung reibungslos weitergeht, kritisiert ein von uns dokumentierter Podiumsbeitrag des linksradikalen „Grenzen abschaffen“-Bündnisses aus Erfurt, gehalten auf der Podiumsdiskussion des 26. Antifaschistischen & Antirassistischen Ratschlags am 5. November 2016 in Ilmenau. Apropos Ilmenau und Gewalt: Als sich in der Universitätsstadt mal wieder rassistische Gewalt gegen Nichtdeutsche entlud, war man im konservativen Politbusiness empört. Aber nicht über die Gewalt, sondern über den drohenden Imageschaden. Auch dieses Problem thematisieren wir in dieser Ausgabe.

Neben all der Gewalt und dem Elend, das zu thematisieren und zu kritisieren Aufgabe dieser Zeitschrift ist, setzen wir auch zwei in der letzten Ausgabe begonnene Textreihen fort. Euch liegt hier Teil zwei unseres Abrisses „Was heißt Antifa?“ und Teil zwei der Personendossiers zu Menschen im historischen antifaschistischen Widerstand vor. Konkret geht es diesmal um den antifaschistischen Widerstandskämpfer Karl Zink aus Ilmenau, der 1940 von den Faschisten ermordet wurde. Um die Ehrung der Mörder von Menschen wie Karl Zink geht es der Stadt Suhl. Sie hat zum Volkstrauertag 2016 einen Gedenkstein für NS-Aktivisten eingeweiht. Dieses unsägliche Denkmal thematisieren wir hier ebenso wie den Rechtsschwenk eines ehemals alternativen Suhler Jugendzentrums. Letzteres ist in Ausgabe #6 der Alerta Südthüringen noch hoffnungsvoll beworben worden. Die aktuelle Berichterstattung darf also als Richtigstellung in dieser Sache verstanden werden.

Die nächste Ausgabe soll im Spätsommer/Herbst dieses Jahres erscheinen. Wer Beiträge aller Art einreichen oder vorschlagen möchte, erreicht uns am besten per Mail.

*Anmerkung der Redaktion: Nach Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung, dass der hier an verschiedenen Stellen angesprochene Gesetzesentwurf zur Verschärfung des Strafrechts inzwischen vom Bundestag beschlossen wurde.*

## WAS IST LOS IN SÜDTHÜRINGEN (UND UMGEBUNG)? – SHORT NEWS ZUM ALLTÄGLICHEN WAHNSINN IN UNSERER REGION

### „Heldengedenken“ in Schleusingen

ETWA 100 NEONAZIS ZOGEN am 12. November 2016 mit Fackeln durch Schleusingen. Das sogenannte „Heldengedenken“ wurde von Tommy Frencks rechtem Wahlbündnis „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) organisiert. Nach dem Aufmarsch trafen sich etwa 60 Nazis in Kloster Veßra. Hier spielte der bekannte Nazi-Liedermacher Frank Rennicke.

### Denkmäler für deutsche Täter mit Farbe markiert

IM VORFELD DES VOLKSTRAUERTAGS 2016 sowie der alljährlich stattfindenden Naziaktionen hat der ‚Arbeitskreis Tätermarkierung Rennsteig‘ Denkmäler für deutsche Soldaten in Suhl, Zella-Mehlis und Schleusingen mit Teer und pinker Farbe markiert. In dem Bekennterschreiben wurde die NS-Verharmlosung sowie die Relativierung der deutschen Verbrechen im Ersten und Zweiten Weltkrieg kritisiert. Bei Nazis und Bürgern der Region sorgte die Aktion für reichlich Unmut.



Der von der Stadt Zella-Mehlis begangene Volkstrauertag fand vor dem aufgehübschten Täterdenkmal statt.

### Neonazis in Meiningen werden untriebiger

IN DER NACHT ZUM 28. OKTOBER vergangenen Jahres kam es in Meiningen zu mehreren Bedrohungen von Neonazis gegenüber Antifaschisten. So wurden auf dem Marktplatz und auf einem Privatgrundstück mit Farbe beschmierte Bettlaken mit der Aufschrift „Zecken-Wagner

abschieben“ und „Volksverräter Töpfer“ aufgehängt. Nur etwa 24 Stunden später wurde ein 19-jähriger Afghane von vier Männern und einer Frau angegriffen. Die Neonazis konnten durch die Polizei festgestellt werden. Ausnahmsweise geht die Polizei in diesem Fall von einem rassistischen Hintergrund aus. Köckert & Co. erkannten scheinbar die aktuellen Zustände in Meiningen und versuchten Stimmung gegen Asylsuchende in der Stadt zu verbreiten. Jedoch konnte ThüGIDA am 26. November 2016 nicht mehr als 65 Rassisten auf die Straße bringen. Ihnen standen etwa 120 Gegendemonstranten gegenüber. Doch nicht nur ThüGIDA versuchte sich in Öffentlichkeitsarbeit. Am 13. Dezember versammelten sich auf dem Weihnachtsmarkt etwa 8 Nazis der Gruppe „Wir lieben Meiningen“ mit einem Transparent, Fackeln und Fahnen. Zu einer Brandstiftung kam es am 14. Januar. Hier hatte ein Unbekannter zwei Kinderwagen in einem Gebäude, das hauptsächlich von Geflüchteten bewohnt wird, angezündet. Der später Festgenommene wurde, da sich der gegen ihn bestehende Verdacht nicht erhärtete, wieder laufen gelassen.



Nazijaufmarsch am 26. November 2016 in Meiningen

### NPD-Verbotsverfahren gescheitert - Landesverband sammelt Unterschriften zur Teilnahme an Bundestagswahl

NACH DEM GESCHEITERTEN VERBOTSVERFAHREN sammelt die NPD auch in Thüringen Unterschriften, um an der kommenden Bundestagswahl teilzunehmen. Für die Landesliste

benötigt die NPD 1.834 Unterschriften. Gesammelt werden die Unterschriftenlisten übrigens im „Flieger Volkshaus“ in Eisenach. Wenn also die Listen jemanden beispielsweise bei einem öffentlichen Infostand oder ähnlichem in die Hände fallen sollten, wisst ihr ja was zu tun ist.

## 26. antirassistischer und antifaschistischer Ratschlag in Ilmenau

ANFANG NOVEMBER, traditionell in zeitlicher Nähe zum Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 1938, fand 2016 der Ratschlag erneut in Südthüringen statt. Los ging es mit einem Mahngang am Vorabend, an dem rund 50 Menschen teilnahmen. Am Samstag konnten sich die aus den verschiedenen Regionen Thüringens angereisten Gäste in verschiedenen Workshops und Vorträgen informieren, austauschen und vernetzen. Ausklang fand der Ratschlag schließlich am Abend bei Punkrock und Bier in den Ilmenauer Baracken. Im Vor- und Nachfeld sorgte der Ratschlag für einige lokale Schlagzeilen. Schließlich waren sich die Ilmenauer Linkspartei und CDU zumindest darin einig, dass der Ruf der Stadt Ilmenau, sowie der hier ansässigen Universität, durch den Aufruf gefährdet sei. Eine Auseinandersetzung mit dem Aufschrei gegen die Nestbeschmutzer von Ilmenau findet ihr auf Seite 22.



Antifaschistischer Mahngang am 4. November 2016 in Ilmenau

## Rassistische Übergriffe in Ilmenau nehmen zu

NACHDEM DIE RECHTEN ÜBERGRIFFE in den vergangenen Jahren zurück gingen, kam es in den letzten Monaten vermehrt zu gewalttätigen Aktionen von Rassisten und Nazis. Bereits

am 17. November wurde ein marokkanischer Student in einem Studentenclub von mehreren Rassisten beleidigt, geschlagen und getreten. Als er blutend am Boden lag, wurde der Mann mit einer Flasche beworfen. Zwei Tage später, am 19. November, wurde eine Frau, welche mit ihrem Hund in einem Waldstück bei Ilmenau unterwegs war, rassistisch beleidigt und mit einer Hundeleine mit Karabinerhaken geschlagen. Zuvor hetzte der Täter seinen Hund auf die Frau. Am 12. Januar diesen Jahres wurde ein 15-jähriger in einem Supermarkt durch einen 12-jährigen und einen 16-jährigen rassistisch beleidigt. Im Zuge der Beschimpfungen hat der 16-jährige ein Messer gezogen und versucht, auf den Betroffenen loszugehen. Der Angriff konnte glücklicherweise abgewehrt werden. Am 31. Januar wurde ein Supermarkt, der mit arabischen Spezialitäten handelt, mit Hakenkreuzen und SS-Runen besprüht.



Beschmierter Supermarkt in Ilmenau

## Zahl rechter Konzerte in der Region reißt nicht ab

IN DER VERGANGENHEIT WAR die Region Südthüringen von zahlreichen Neonazikonzerten, Vortragsveranstaltungen und Liedermacherabenden geplagt. Die meisten solcher Veranstaltungen finden in den Räumlichkeiten von Tommy Frenck in Kloster Veßra sowie dem „Veranstaltungszentrum Erfurter Kreuz“ in Kirchheim bei

Arnstadt statt. Allein in den letzten fünf Monaten (Stand: März 2017) organisierte die hiesige Neonaziszene in den beiden Lokalisationen über ein Duzend rechter Veranstaltungen. Darunter mehrere Konzerte mit Bands wie Lunikoff, Griffin, Kategorie C, Hausverbot, Makss Damage, Mic Revolt, Villan 051, D.S.T., Commando 192, Faust und Kodex Frei. Der Gewinn, den die Neonazis bei diesen Veranstaltungen erzielten, soll allen voran für den „Erhalt und die Erkämpfung nationaler Objekte“ genutzt werden.

### *Thüringer Nazis sammeln hunderttausende Euro bei rechtem Konzert in der Schweiz*

**B**EI EINEM NAZIKONZERT mit etwa 5.000 Teilnehmern konnte die Thüringer Neonaziszene vermutlich bis zu 150.000€ in Toggenburg (Schweiz) einnehmen. Unter den Teilnehmern waren neben Ricky Nixdorf, der sich aktuell am Erfurter Landgericht wegen eines rechten Überfalls auf eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt verantworten muss, auch Markus Schwesinger, Betreiber der Naziversände „Ostfront-Versand“ und „Freilustversand“.

### *Zahlreiche rechte Morde in Thüringen jähren sich in den Wintermonaten*

**I**M JANUAR JÄHRTEN SICH vier rechte Morde in Thüringen. Am 15. Januar 1993 wurde Karl Sidon von fünf Neonazis zusammengeschlagen. Sein bewusstloser Körper wurde schließlich auf eine viel befahrene Straße geschliffen, wo ihn mehrere Autos überrollten. Karl Sidon verstarb im Alter von 45 Jahren im Krankenhaus. Am 20. Januar 2004 wurde Oleg Valger von vier Neonazis in Gera ermordet. „Wenigstens eine Russensau weniger“, sagte einer der Täter, nachdem sie den russischen Spätaussiedler mit Tritten, Messerstichen und Hammerschlägen solange traktierten, bis dieser starb. Trotz der rassistischen Aussagen eines Täters war für das Landgericht kein rassistisches Motiv ersichtlich. Während einer „Heavy Metal Party“ kam es am 24. Januar 1993 vor einer Pizzeria in Schlotheim zu einer Schlägerei zwischen Punks und Neonazis. Im Zuge der Schlägerei wird der 23-jährige

Mario Jödecke durch einen Messerstich ins Herz von einem 17-jährigen ermordet. Dieser gab an in „Notwehr“ gehandelt zu haben und wird von den Gerichten freigesprochen. Am 25. Januar 2003 begleitete Hartmut Balzke seinen Sohn auf eine Punkrock-Party in Erfurt. Als der damals 48-jährige auf der Straße stand, wurde er unvermittelt von einer Gruppe Neonazis angegriffen. Mit schweren Kopfverletzungen wird er später gefunden. Zwei Tage danach erlag er seinen Verletzungen.

### *AfD bekommt Gegenwind in Südthüringen*

**A**UCH IN SÜDTHÜRINGEN ERFAHRT DIE AfD immer mehr Widerstand. Am 12. November 2016 bekam die rassistische Partei Abbauhilfe bei ihrem Infostand in Ilmenau. Dieser wurde von Gegnern kurzerhand in seine Einzelteile zerlegt und somit deutlich gemacht, was von der AfD zu halten ist. Fünf Tage später, am 17. November, demonstrierten in Ilmenau etwa 100 Menschen gegen den regelmäßig in Südthüringen stattfindenden AfD-Bürgerdialog. Neben Neonazis mit Thor-Steinar Gürteltaschen als Security, nahm auch Björn Höcke an dem Bürgerdialog teil. Kurze Zeit später stellte die AfD Anzeige gegen Ute Bach aus Ilmenau, die zu Protesten gegen die Veranstaltungen aufgerufen hatte. Der Ansicht der Rassisten nach hatte Ute Bach dazu aufgerufen, die Veranstaltung gezielt zu stören. Björn Höcke sah zwischen dem Aufruf und dem einige Tage zuvor zerlegten AfD Stand in Ilmenau eine direkte Verbindung. Mitte Dezember führte die AfD-Südthüringen im Hotel „Der Distelhof“ in Dillstädt bei Suhl ihre Weihnachtsfeier durch. Ein paar Tage zuvor wurde die Lokalisation mit Farbe markiert.



*Antifaschistische Abbau-Hilfe für die AfD in Ilmenau*

## Rechte Party in Stresenhausen aufgelöst

IN DER NACHT VOM 12. AUF DEN 13. NOVEMBER 2016 wurde in Stresenhausen (Landkreis Hildburghausen) eine Neonaziparty mit etwa 50 Teilnehmern aufgelöst. Nachdem gegen 1 Uhr von Anwohnern laute Musik und „Heil-Hitler“-Rufe bemerkt wurden, lösten mehrere Polizeieinheiten die Veranstaltung zwei Stunden später auf. Hierbei wurden zahlreiche CD's und Propagandamittel beschlagnahmt. Im Laufe des Abends sollten die Rechts-Rock-Bands „Treueorden“ und „Napola“ auftreten.

## Ermittlungen gegen „Blood & Honour Südthüringen“

AM 8. NOVEMBER 2016 kam es in Suhl zu einer Razzia bei vier Neonazis, die im Verdacht stehen, eine kriminelle Vereinigung weitergeführt zu haben. Hierbei wurden Wohnungen und Fahrzeuge durchsucht und Computer sowie andere Speichermedien und Dokumente beschlagnahmt. Den 29- bis 35 Jahre alten Neonazis wird vorgeworfen Mitglieder des verbotenen Netzwerks „Blood & Honour“-Südthüringen zu sein. Dabei zählt der Südthüringer Ableger nur zu einer Vielzahl von Gruppen, die das Neonazimusiknetzwerk nach dem Verbot im Jahr 2000 in Deutschland im Untergrund weiterführten.

## Kundgebung gegen Assad löst rassistischen Shitstorm aus

IN SONNBERG ORGANISIERTEN vorwiegend syrische Flüchtlinge eine Kundgebung gegen den syrischen Machthaber Assad und forderten ein Ende der Bombardierung Aleppos durch die syrische und russische Armee. Da der gemeine Sonneberger das Anliegen der syrischen Flüchtlinge nicht verstehen wollte, sondern lediglich einen potenziell terroristischen Mob von Ausländern sah, entlud sich in den sozialen Medien ein Shitstorm der von rassistischen Kommentaren zur Herkunft der protestierenden Flüchtlinge bis hin zu Mordaufrufen reichte.

## Rote Hilfe Südthüringen ruft zu Solidarität auf!

IN EINER STELLUNGNAHME DER ROTEN HILFE Südthüringen Ende des Jahres 2016 mit dem Titel „Rote Hilfe statt rote Weihnachtsmützen“ rief die linke Solidaritätsorganisation zur Unterstützung verfolgter Antifaschistinnen und Antifaschisten auf. Im Jahr 2017 kommen auf die Betroffenen enorme Kosten zu, die solidarisch beglichen werden sollen. Anspruch der Roten Hilfe ist es, dass keine Genossin und kein Genosse auf Repressionskosten und sonstigen Folgen ihres oder seines Engagements allein sitzen bleiben soll. Verfolgt werden immer Einzelne, gemeint sind wir alle. Weiter heißt es in der Erklärung: „Allen, die nach dem Geschenkumtausch im Laden nach Weihnachten ein paar Euro übrig haben, oder sich gar für eine dauerhafte Organisation gegen staatliche Repressionen interessieren, legen wir unser Spendenkonto, sowie den Flyer zur Arbeit der Roten Hilfe nahe.“ Weitere Infos unter: [www.rotehilfesth.blogspot.de](http://www.rotehilfesth.blogspot.de)

**BECAUSE WE ARE FRIENDS**

Unsere Solidarität  
gegen die Repression!

Unterstützt die Rote  
Hilfe Südthüringen!

Spendenkonto: Rote  
Hilfe Südthüringen  
IBAN: DE53 4306 0967  
4007 2383 53  
BIC: GENODEM1GLS

[rotehilfesth.blogspot.de](http://rotehilfesth.blogspot.de)

## Landrat verweigert Schließung von Flüchtlingsunterkunft trotz unhaltbarer Zustände

SCHON LÄNGER IST BEKANNT, dass die Zustände in einer Meininger Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge am Flutgraben unzumutbar sind (Vgl. Alerta Südthüringen #7, S. 6). Die umgebaute Mehrzweckhalle ist nicht nur durch ihr stellenweise fehlendes Tageslicht, stickige Luft und katastrophale Sanitärbedingung unhaltbar, sondern auch durch den eingesetzten Sicherheitsdienst, der die dort noch festgesetzten zwölf Bewohner rund um die Uhr bewacht. Dieser Sicherheitsdienst konnte schon in der Vergangenheit schalten und walten wie er wollte. Spinde von Flüchtlingen wurden durchsucht, Besuche

verboten und um an die Spinde zu kommen, mussten die Wachleute an dem nicht abgetrennten Sanitärbereichen der Frauen vorbei. Auch ein halbes Jahr nach Veröffentlichung dieser Zustände durch den Flüchtlingsrat wurde die Unterkunft noch nicht endgültig geschlossen. Bei Lokalpolitikern wie dem SPD-Landrat Peter Heimrich stößt die Kritik nur auf Unverständnis. Er will das Straflager für „Wirtschaftsflüchtlinge“ erhalten.

### *Gedenken an antifaschistischen Widerstand*

ZUM JAHRESTAG DER ERMORDUNG der antifaschistischen Widerstandsgruppe Friedberg gedachte der VVN-BdA mit einer Veranstaltung am Suhler Gedenkstein den ermordeten Antifaschistinnen und Antifaschisten. Auf der Veranstaltung, zu der sich, trotz des in Suhl üblichen eisigen Wetters, ein knappes Dutzend Menschen einfand, wurde auf eine Erklärung des VVN-BdA verwiesen, welche die Einweihung der Gedenktafel an die im Speziallager II in Buchenwald verstorbenen deutschen Täter kritisierte. Zur Gedenktafel findet sich ein ausführlicher Text auf Seite 25 dieser Ausgabe. Beendet wurde die von einem kleinen Schneesturm umhüllte Veranstaltung mit einer Schweigeminute an die durch die Nazis ermordeten Widerstandskämpfer.



*Gedenkstein für die ermordeten Antifaschisten der Widerstandsgruppe Friedberg*

### *Die Identitäre Bewegung in Südtüringen*

AM 21. JANUAR 2017 FAND IN MARLISHAUSEN bei Arnstadt ein internes Schulungswochenende der „Identitären Bewegung“ statt. Die „IB“ ist ein bundesweiter Zusammenschluss der sog. „Neuen Rechten“. Dabei versuchen die

Neonazis im Hipsterstyle dieselben menschenverachtenden Inhalte in neuem Layout zu verpacken, wobei rassistische Hetze gegen Flüchtlinge, Elitedenken und Antifeminismus ihre Schwerpunkte sind. In den Räumlichkeiten der in Marlshausen ansässigen „Schlesischen Jugend“ in der Bahnhofstraße 27 trafen sich 37 „Identitäre“ aus verschiedenen Teilen Deutschlands. Unter ihnen auch der Assistent von Björn Höcke, Sprecher der „Deutschen Burschenschaft“ und AfD-Thüringen, Torben Braga. Einmal mehr zeigte sich hier der Schulterschluss zwischen AfD, Burschenschaften und Neonazis. Vier Wochen zuvor verteilte die „IB“ Flyer in Arnstadt.

### *Rache für Connewitz*

ZU BEGINN DES JAHRES 2016 überfielen Neonazis und Hooligans den Leipziger Stadtteil Connewitz, griffen linke Kneipen, Läden und Wohnungen an. Ein knappes Jahr später sind viele der Namen und Gesichter der Angreifer bekannt, darunter auch einige aus Ilmenau, Arnstadt und Erfurt. Auf der Internetseite <https://le1101.no-blogs.org> finden sich alle bekannten Namen der Angreifer. Erst im November 2016 wurde eine Wohnung eines der Haupttäter aus Leipzig als Rache aufgesucht und durch Antifaschisten unbewohnbar gemacht. Eine Aktionsform, die auf alle Fälle Spuren bei den Nazis hinterlässt.



*So kanns geben: Aus Rache für den Naziangriff auf Connewitz ging dieses Auto eines Angreifers in Flammen auf.*

### *Staat und Nazis Hand in Hand #1*

ANFANG FEBRUAR MUSSTE SICH der Südtüringer Neonazikader Ringo Köhler-Franz, aktiv bei SüGIDA und dem Holocaustleugnerverbund der „Europäischen Aktion“, für eine

Körperverletzung vor Gericht verantworten. Er soll ein Jahr zuvor einem jungen Punk in einer Tankstelle in Neuhaus am Rennweg unvermittelt ins Gesicht geschlagen haben. Während sein Anwalt, der Nürnberger Neonazi Andreas Wölfel, ungeschickt versuchte, den Betroffenen des Angriffs unglaublich zu machen, schienen Staatsanwaltschaft und die Richterin im Sonneberger Amtsgericht keinerlei Interesse daran zu haben, den Täter zu belangen. Am Ende wurde Köhler-Franz freigesprochen und konnte den Gerichtssaal grinsend verlassen. Dass mit dem Urteil nicht nur ein deutliches Signal an den geschädigten Punk, sondern auch an den Nazi gesendet wurde, der für seine Übergriffe und Bedrohungen gegen Antifaschisten nicht belangt werden wird, ist in Zeiten des NSU, Ballstädt-Überfall und terroristischen Gruppen wie in Freital ein Skandal.

### *Immer wieder Rassismus auf Wasunger Karneval*

AM 24. FEBRUAR SCHLUG EIN 22-Jähriger einen irakischen Mann mehrfach mit der Faust auf den Kopf. Später griff dieser ebenfalls die Frau des Betroffenen an. Beide waren zusammen mit ihren drei Kindern unterwegs. Die Polizei konnte keinen Grund für den tätlichen Angriff feststellen, von Rassismus als Tatmotiv hat man in Wasungen bisher nur aus der Presse gehört. Bereits beim letztjährigen Karneval in Wasungen wurden die Zustände in der Gemeinde durch mehrere rassistische und antisemitische Umzugswagen zu Tage befördert, wobei ein Karne-



*Im vergangenen Jahr bezeichneten die Wasunger Karnevalsrassisten Balkanflüchtlinge als Plage („Ploach“). Auf die berechnete Kritik reagierten sie in diesem Jahr wie Rassisten nunmal reagieren: mit Empörung.*

valswagen mit seiner Hetze gegen Flüchtlinge durch den MDR öffentlich aufgegriffen und thematisiert wurde. In diesem Jahr folgten der rassistische Hetze Taten. Von Rassismus wollen in Wasungen weder Polizei noch Ureinwohner sprechen.

### *Protest gegen AfD-Bürgerdialog in Meiningen*

MITTE MÄRZ LUD DIE AfD-SÜDTHÜRINGEN ZU einem Bürgerdialog mit den Landtagsabgeordneten Thomas Rudy und Corinna Herold in den Bürgersaal des Landratsamtes ein. Gegen die Veranstaltung versammelten sich einige Dutzend Antifaschisten und protestierten lautstark. Unter die Gäste des Bürgerdialogs mischten sich auch stadtbekannte Nazis der Gruppe „Wir lieben Meiningen“, welche bereits in der Vergangenheit für einen Skandal mit der AfD sorgten, als sich Akteure der Nazigruppe zu Gesprächen für eine gemeinsame Zusammenarbeit mit AfD-Funktionären wie Torben Braga trafen.



*Protest aus unterschiedlichen politischen Spektren gegen den AfD-Bürgerdialog am 14. März 2017 in Meiningen*

### *Staat und Nazis Hand in Hand #2*

IN SONNEBERG MARSCHIERTE am 31. März das Nazinetzwerk ThüGIDA mit knapp 70 Nazis, begleitet von Gegenprotesten, durch die Stadt. Einigen Antifaschisten gelang es, das übertriebene Polizeiaufgebot zu überlisten und den Aufmarsch mit einer Sitzblockade zu blockieren. Statt den Aufmarsch zu stoppen, begannen die Beamten der Thüringer Bereitschaftspolizei ihr erstes Pfefferspray auf die Blockade zu entladen, es folgte eine zweite und eine dritte Ladung, von immer unterschiedlichen Cops – jeder durfte mal. Im Zuge der Berichterstattung sorgten die



*Sonneberger Reizgasfestspiele: Jeder durfte mal. Wer gerne mal genauer in die enthemmt, entmenschten Visagen der Bullen zoomen will und sich eine vielsagende Mischung aus Überforderung, Erregung und Herrenmenschentum anschauen will, kann sich die Fotostrecke beim Journalisten Lionel C. Bendtner anschauen: <http://bit.ly/2pUxepQ>*

Bilder für Aufsehen. Während nun intern gegen die Beamten ermittelt wird, haben diese Beamten die Gegendemonstranten kurzerhand wegen Widerstands angezeigt. Die Alerta Redaktion nimmt aktuell Wetten entgegen, wann das Verfahren gegen die Beamten eingestellt wird und welchen Preis die dort aktiven Antifaschistinnen und Antifaschisten dafür zu zahlen haben, dass sie sich Nazis entgegenstellten und dafür mit Reizgas gequält wurden.

### **Donnerstag ist Fischmarkt...**

ZUMINDEST DACHTE SICH DAS OSSI-TRAUMPAAR David Köckert und Alexander Kurth, Hildburghausen, Suhl und Schmalkalden mit ihrem Fischwagen am Donnerstag den 23. März besuchen zu müssen. Doch bis auf ein paar Rentner,



*Typische Szene am Fischwagen von Köckert und Kurth: Angela Schaller reicht einem Nazijobal einen Beutel mit gesammeltem Ramsch.*

die Kurth für Franksteins Monster hielten, war leider nicht viel los auf den Südthüringer Marktplätzen. Da half es auch nicht, dass Angela Schaller ihre Reichkriegsflagge schwenkte. ThüGIDA bleibt eben ein Fisch, der vom Kopf her stinkt.

### **Subl: Mitarbeiter schieben gefakten Raubüberfall Ausländern in die Schube**

ANFANG APRIL MELDETEN DIE MITARBEITER eines Schnellimbisses in der Suhler Innenstadt einen Raubüberfall, bei dem die Tageseinnahmen erbeutet wurden. Anfangs war von drei, später nur noch von einem Täter die Rede. Nach einigen Tagen der Ermittlungen stellte sich heraus: Der ganze Überfall war von den Mitarbeitern vorgetäuscht. Was an sich keine schlechte Methode von abhängig Beschäftigten ist, um an den ihnen von der Geschäftsführung vorenthaltenen Mehrwert ihrer Arbeitskraft zu gelangen, erweist sich am Ende als Arbeitskampf mit perfiden Mitteln. Denn die Mitarbeiter hatten den fiktiven Täter bei der Polizei als Ausländer („südländisches Aussehen“) beschrieben und ritten damit auf der ausländerfeindlichen Welle von AfD und Co. Den Chef abziehen geht klar. Aber so gehts nicht!

### **Urteil im Ballstädt-Prozess erwartet**

WAHRSCHEINLICH NOCH IM MAI fällt das Urteil im Ballstädt-Prozess. Im Februar 2014 hatten 15 Nazis eine Kirmesveranstaltung in Ballstädt (bei Gotha) überfallen und mehrere Gäste schwer verletzt. Unter den Tätern waren acht Neonazis aus Südthüringen. Über das Urteil berichten wir in der nächsten Ausgabe.

## MÄCHTIG GEWALTIG – UNTERSCHIEDLICHE ASSOZIATIONEN ZU GEWALT UND POLIZEI

**W**IE DIE MOMENTANE DISKUSSION UM DEN GESETZESENTWURF zur verschärften Verurteilung von Gewalt gegen Polizisten zeigt, ist die Art der Assoziation von Gewalt und Polizei abhängig vom Standpunkt des Betrachters. Unsere nämlich ist eher die einer Gewalterfahrung durch die Polizei (siehe Titelbild!). Doch die Sorge um die Gewalt gegen Polizisten ist nicht nur eine Frage des Standpunktes. Sie ist falsch, wo sie nicht nur die von der Polizei ausgehende Gewalt verschleiern, sondern ebenso ihr Agieren im Namen einer gewaltförmigen Staatlichkeit.

**Z**UR ZEIT (D.I. ZU REDAKTIONSSCHLUSS Anfang April) berät der Bundestag über eine Verschärfung des Strafrechts zur härteren Bestrafung von Gewalt gegen Polizisten. Der Gesetzesentwurf von Justizminister Heiko Maas<sup>1</sup> sieht vor, was bisher als Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geahndet wird, zu erweitern auf einfache Diensthandlungen und im Zuge dessen das Strafmaß zu erhöhen. Zum Zwecke des besonderen Schutzes von Dienstträgern soll der § 113 StGB, der den ‚Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte‘ regelt, erweitert oder geändert werden. So soll in Zukunft jeder Angriff auf einen Polizisten mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden. Doch nicht nur eine Erweiterung der strafbaren Handlung und eine Erhöhung des Strafmaßes würden dadurch folgen, auch die ursprüngliche Intention des Gesetzes würde in ihr Gegenteil verkehrt. Der Tatbestand des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte war nämlich ursprünglich dazu angelegt, die Täter, die sich in einer emotional aufwühlenden Situation einer überlegenen und z.T. bewaffneten Staatsmacht gegenüber sehen, zu privilegieren: ‚Er [der Gesetzgeber] hat deshalb § 113 Abs. 1 bewusst als Privilegierung zu § 240 konzipiert und den ohnehin nach § 240 bestehenden Schutz mit einem zwischenzeitlich um ein Drittel gegenüber der Nötigung gesenkten Strafrahmen zurückgenommen.<sup>42</sup>

Begründet wird der Gesetzesentwurf mit einem in der Kriminalstatistik der Polizei festgehaltenen Anstieg der Anzahl von Angriffen auf Polizisten. Diese Zahl bezieht sich nicht etwa auf die Zahl der Verurteilungen wegen Widerstands

gegen die Staatsgewalt – die Tendenz der Delikte hier ist sinkend –, sondern auf (auch eingestellte) Ermittlungsverfahren. Der Großteil dieser Ermittlungsverfahren umfasst Bagatelldelikte, in denen keine Gewalt im Spiel war, also zum Beispiel Beleidigungen. In weitaus weniger als der Hälfte der als Angriffe gelabelten Ermittlungsverfahren ging es um schwerere Delikte, deren Anzahl im Jahr 2016 im Vergleich zu den Vorjahren sogar gesunken ist.<sup>3</sup> Was als Begründung für die Gesetzesänderung von Initiator Maas angeführt wird, spricht also eigentlich gegen sie. Trotzdem will er, dass tätliche Angriffe auf Polizisten mit mindestens drei Monaten Haft bestraft werden. Wer in Zukunft also einen Polizisten schubst, wird, sollte das Gesetz verabschiedet werde, mindestens drei Monate in den Knast gehen.

### *Gewalt ist der bürgerlichen Gesellschaft immanent*

**Z**URECHT WIRD DER GESETZESENTWURF also in linken und auch bürgerlichen Medien kritisiert. Dabei allerdings macht sich nur selten jemand die Mühe, die als Begründung zu Grunde gelegte Statistik um das Argument der gestiegenen Anzahl von Angriffen gegen Polizisten zu hinterfragen. Meistens ist davon die Rede, dass Gesetzesverschärfungen keine geeigneten präventiven Maßnahmen seien, also nicht zum Schutz gegen Polizisten beitragen würden; oft gefolgt von Alternativvorschlägen, stattdessen in eine bessere Ausrüstung oder die Aufstockung der Polizei zu investieren. Selbst wo anerkannt

<sup>1</sup> Den aktuellen Entwurf kann man hier nachlesen: <http://bit.ly/2olt8ks>

<sup>2</sup> Vgl. <http://bit.ly/2p5cZBP>

<sup>3</sup> Vgl. hierzu den informativen Bericht des Monitor-Magazins: <http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/gewalt-gegen-polizisten-102.html>

wird, dass die von der Polizei selbst ermittelte Statistik keine derartigen Veränderungen rechtfertigt, wird stets außer acht gelassen, dass von Gewalt nicht erst und nur dort die Rede sein kann, wo Polizisten angegriffen werden. Am spürbarsten ist sie wohl da, wo man von den Bullen auf's Maul bekommt, weil man sich zum Beispiel im Versuch eine Demonstration zu blockieren, auf die Straße setzt. Sie beginnt aber schon, wo wir Gewalt gar nicht mehr als solche wahrnehmen. Gewalt ist als Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingelassen. Das ist sie dadurch, dass man sich unter Absehung der eigenen Bedürfnisse zu sich selbst als Tauschwert verhalten muss. Konkret heißt das zum Beispiel Lohnarbeiten gehen zu müssen um die eigene Existenz zu sichern. Wer zur Lohnarbeit nicht tauglich oder willens ist, den ‚fängt‘ der Sozialstaat auf – zumindest wo man qua Staatsbürgerschaft Zugang dazu hat und nicht wegen der eigenen Überflüssigkeit für den Arbeitsmarkt schon an den Grenzen Europas ‚zum Abschluss freigegeben‘ ist. Doch auch hier sieht man sich den Drangsalierungen und Sanktionierungen des Arbeitsamtes gegenüber, die gleichzeitig den Verwertungszwang durchsetzen, indem man Menschen wieder oder besser verwertbar macht; nichts anderes leisten auch Schule und Ausbildung – um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Freiheit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist also eine Freiheit zur Verwertung, die unter der Notwendigkeit der Reproduktion einen Zwang darstellt, sowie ihre Gleichheit eine Vergleichbarkeit nur unter Absehung der eigenen Empirie, der Bedürfnisse von Individuen, ist. In ihr mag so zwar die Gewalt des Naturzustandes, wie sie Hobbes als Krieg aller gegen alle bezeichnet, aufgehoben sein. Aufgehoben ist sie aber in einem dialektischen Sinne, das heißt nicht als Beseitigung oder Abschaffung, sondern durch die Monopolisierung und Zentralisierung von Gewalt in Form von Staatlichkeit. Diese Staatlichkeit, die auf die bürgerliche Gesellschaft verwiesen ist, indem beide einander bedingen, sichert ihre Existenz qua Gewalt. Die Terminologie vom Gewaltmonopol und der Staatsgewalt als Organe um dieses zu sichern, machen daraus keinen Hehl. Es sind dies zwar die Organe, die ein Recht auf körperliche Unversehrtheit des

Einzelnen herstellen. Insofern ist die Freiheit von der steten Bedrohung, durch einen anderen Gewalt zu erfahren, zweifelsohne eine Errungenschaft der bürgerlichen Gesellschaft. Diese aber garantiert der Staat in Form von Gesetzen, die mittels Gewalt durchgesetzt werden oder deren Nichteinhaltung mit Freiheitsentzug geahndet wird. Wenn im Zuge der Gesetzesänderung oder der Frage der Legitimität von Sitzblockaden zum Zwecke der Rechtfertigung eines Waffeneinsatzes gegen unbewaffnete, nicht gewaltandrohende Demonstranten in keiner Silbe die von Beamten angewendete Gewalt thematisiert wird, dann ist das Ausdruck eines Verständnisses von Gewalt, das an Legalität geknüpft ist, ohne anzuerkennen, dass die Staatlichkeit, die diese Legalität schafft, selbst eine gewaltförmige ist.



*Ertrinkende Flüchtlinge im Mittelmeer: Die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik macht es möglich, die deutsche Mehrheitsgesellschaft erkennt diese Gewalt durch unterlassene Hilfeleistung und Abschottung nicht als solche.*

### **Die Mär der Gewaltfreiheit**

**E**IN SOLCHES VERSTÄNDNIS LIEGT auch zugrunde, wenn, wie beispielsweise in einer linken Wochenzeitung, beklagt wird, dass die „Gesetzesverschärfung ... auch friedliche Demonstranten kriminalisieren [könnte]“.<sup>4</sup> Diese Unterscheidung von gewaltfreien und gewaltsamen Protest wird, wie so oft, herangezogen, um den in geordneten und demokratisch legitimierten Bahnen verlaufenden Protest gegen eine die mediale Berichterstattung dominierende, weil zum Skandalisieren geeignete Protestform zu verteidigen. „Ziviler Ungehorsam ist Demonstrationen im-

<sup>4</sup> Der Artikel steht exemplarisch für den Tenor der Diskussion: <http://jungle-world.com/artikel/2016/48/55288.html>

manent und hat nichts mit Militanz oder Gewalt zu tun, sondern mit der politischen Teilhabe von Bürgern, für die Gesetze Anlass zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung sind<sup>4</sup>, sei exemplarisch aus dem genannten Artikel zitiert. Der Unterschied, der hier ausgemacht werden kann, ist der zwischen einerseits einem Protest, der das Gewaltmonopol des Staates nicht infrage stellt. Von ihm geht keine (potentielle) Gefahr aus. Vielmehr ist einer der Wesensmerkmale dieses sogenannten zivilen Ungehorsams – wie es der Systemapologet Jürgen Habermas einst darstellte – die allgemeine Anerkennung des Rechtsstaates; die Überschreitung dessen in den – freilich stets gewaltfreien – Mitteln des Protests aber niemals in seinem Ziel. Dem gegenüber zu stellen ist ein Protest, dessen Überschreitung des Rechtsstaats in den Mitteln des Protests zum Zwecke der Überwindung dessen zu begreifen ist.<sup>5</sup> Insofern hat die Unterscheidung in gewaltfreien und gewaltsamen Protest, wie sie vor allem im Vorfeld von Demonstrationen gegen Naziaufmärsche immer wieder stattfindet, durchaus seine Berechtigung. Falsch allerdings liegen die sich dezidiert als friedlich protestierend bekennenden Bürger in der damit oft mitschwingenden moralischen Erhabenheit. Denn ein Gewaltverzicht vor dem Hintergrund der herrschenden gewalttätigen Machtverhältnisse „bedeutet nichts anderes als ein Arrangement mit [ihnen]“, schreibt Wolfgang Pohrt. Dieses Arrangement besteht nicht nur darin, den Rechtsstaat und mit ihm die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft nicht überwinden zu wollen, sondern deren Gewaltförmigkeit zu verschleiern. Und wenn Gewaltverzicht eingefordert wird, so von den Protestierenden, nicht etwa von der Polizei; wenn gewaltsame Ausschreitungen auf Demonstrationen skandalisiert werden, ist es die Gewalt der Protestierenden, die angeprangert wird, niemals die Gewalt der Polizei oder die des Staates. Selbst bei so eigentlich eindeutigen Vorfällen, wie dem am 31. März 2017 in Sonneberg, in dem (wie die Bilder unzweifelhaft bezeugen) Polizisten gewaltsam mit Pfefferspray gegen eine aus einem Dutzend Menschen bestehende Sitzblockade vorgehen, ohne dass von dieser Gruppe irgendeine Ge-

fahr ausgeht oder sich diese einer Aufforderung zum Aufstehen widersetzt hätten – die es eben nicht gab –; selbst wenn die Lage so eindeutig zu sein scheint, wird in den sozialen Medien und der Berichterstattung gefragt, ob das brutale Vorgehen der Polizei denn nicht herausgefordert war oder was man sonst als Rechtfertigung für deren Gewaltanwendung finden mag. Dass aber nicht etwa aus dem Wissen heraus, dass die Staatsgewalt die Interessen des Staates auch mit Waffen durchsetzt, sondern in völliger Ignoranz dessen, dass es sich beim Handeln der Polizisten um Gewalt gehandelt hat. Der Gewaltverzicht wird nicht von ihnen eingeklagt, sondern von den Protestierenden. Wenn von Gewaltfreiheit die Rede ist, meint das nie die Mittel der Politik, meint das nicht die Staatsgewalt, sondern richtet sich das an jene, die sich mit ihr auf Grund divergierender Interessen konfrontiert sehen. Wer nun also im Namen von Gewaltfreiheit zu friedlichem Protest aufruft, tut genau das Gegenteil, als für Gewaltfreiheit einzutreten. Er verteidigt das Fortbestehen einer Ordnung, der Gewalt ein Wesensmerkmal ist. Die Ablehnung von Gewalt verweigert die bestehende Gewalt, indem sie sie einerseits leugnet und andererseits die Mittel zur Herstellung eines gewaltfreien Zustandes delegitimiert. Gleichzeitig scheint vergessen worden, dass der Zustand, den man zu verteidigen glaubt, selbst ein Resultat von Gewalthandlungen ist, dass die bürgerliche Gesellschaft, deren Ideale man sich auf die Fahnen schreibt, aus einer gewaltsamen Durchsetzung von Interessen entstanden ist.



*Die Gewalt, die Arbeitsämter gegen ihre „Kunden“ in Anschlag bringen, veranlasste einen Unbekannten zu dieser sachgerechten Beschriftung der Behörde in Arnstadt.*

<sup>5</sup> Nicht in jedem Einzelfall, aber idealtypisch betrachtet.

## Zur Frage der Legitimität

**G**EWALT IST EIN LEGITIMES MITTEL der Auseinandersetzung mit einer gewaltförmigen Gesellschaft.“, schrieb einst die Antifa Südthüringen in einem Redebeitrag.<sup>6</sup> Sie ist, könnte man ergänzen, ein notwendiges Mittel der Überwindung einer gewaltförmigen Gesellschaft, als die Transzendenz dieser Gesellschaft nicht nur im Ziel, sondern bereits in den zugrunde gelegten Mitteln. Das heißt, eine emanzipatorische Praxis hat sich andere Maßstäbe zu setzen, als die der Legalität. Damit ist die Illegitimität von Gewalt qua Illegalität zurückgewiesen, die Frage nach der Legitimität aber noch nicht beantwortet. Der Gradmesser dafür muss für eine radikale Linke der Wille zur Herstellung eines Zustandes der Freiheit gemessen an seinen Möglichkeiten sein. An den Möglichkeiten gemessen heißt die faktisch bestehende Chance auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen als realistisch zu erachten, ebenso wie eine Verhältnismäßigkeit walten zu lassen, die der Gewalt ihre Grenzen setzt. Für die hiesige Diskussion der Gewaltfrage im Kontext von Protesten und Demonstrationen bedeutet das, Gewalt ist gemeint als Sachbeschädigung, Widerstandshandlung oder Zurückweisung repressiver Tendenzen z.B. in der Auseinandersetzung mit Nazis. Die Herstellung von Freiheit

6 Nachzulesen unter: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=405>

für alle Menschen als Gradmesser der eigenen Handlungen schränkt die Legitimität von Gewalt nicht nur ein. Hieran wird auch deutlich, dass es sich bei dem Widerspruch, die Gewalt der Polizei zu verurteilen einerseits und gewaltsame Handlungen andererseits zu verteidigen, nur um einen Scheinwiderspruch handelt. Der zur Beurteilung zu betrachtende Unterschied ist der zwischen einer Gewalt zur Sicherung eines Zustandes der Unterdrückung und Unfreiheit und der Anwendung von Gewalt zur Herstellung eines Zustandes von Freiheit, die als Befreiung zu realisieren eine ist, die nur gegen das Bestehende durchgesetzt werden kann.

Im Interesse der Überwindung von Gewalt gilt es also diese zum einen als in seiner staatlichen Form existent, als auch als Zwang in die Verhältnisse eingelassen anzuerkennen und darüber hinaus zu kritisieren. Diese Kritik ist keine konstruktive, sie zielt nicht auf die Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, sondern auf deren Überwindung. Ebenso ist auch die ihr entsprechende Praxis nicht konstruktiv. Das heißt zum einen, sie ist antipolitisch, anstatt sich in Parteien zu organisieren, das heißt auch, in ihrem Namen werden Mülltonnen angezündet, statt den zivilen Ungehorsam zu üben. Denn „die gewaltlose Gesellschaft bleibt die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Stufe, die erst zu erkämpfen ist.“ (Herbert Marcuse)



*Entbemt, gewaltbereit und bewaffnet: das staatliche Gewaltmonopol*

## UNITED WE STAND – GEGEN NAZIAUFMÄRSCH E UND REPRESSION IN SAALFELD UND ÜBERALL

**A**M 9. JANUAR WURDE IM ZUGE DES PROTESTES GEGEN EINEN AUFMARSCH VON ThüGIDA in Saalfeld ein Antifaschist von der Polizei in Gewahrsam genommen. Weil ihm vorgeworfen wird, einen Nazi, der an der ThüGIDA-Demonstration teilnahm, verletzt zu haben, wird derzeit gegen ihn wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch ermittelt. Die Ermittlungen stellen dabei nicht nur eine Belastung für den Betroffenen dar, denn für die Behörden ist das ein willkommener Anlass, um die linke Szene in Saalfeld zu durchleuchten.

Nicht immer ist die Polizei so erpicht darauf, einen Beschuldigten der Tat zu überführen, wenn sie doch stets mit Ermittlungseifer glänzt. So zum Beispiel wenn Antifaschisten, Flüchtlinge und Migranten, die mit Einschüchterungsversuchen und Übergriffen von Nazis – sei es durch Morddrohungen, Jagdszenen oder bewaffnete Übergriffe – konfrontiert sind, sich entschlossen, Anzeigen gegen diese zu erstatten. Nichts selten sahen sich diese danach Verhören ausgesetzt, die sich nicht gegen die Gewalttäter richteten, sondern diejenigen zum Ziel der Ermittlungen machten, die den Nazis aktiv entgegengetreten. Anders steht es derzeit, wo ein Antifaschist in den Fokus der Ermittlungen geraten ist. Um an Informationen – freilich nicht nur über den Tathergang, sondern die linke Szene in Saalfeld – zu gelangen, schreckt das LKA Thüringen, das die Ermittlungen übernommen hat, nicht davor zurück, jugendliche Antifaschisten zu drangsaliieren.

Erst kürzlich wurden ein Dutzend Jugendliche, die bei den Protesten gegen ThüGIDA von der Polizei festgesetzt wurden, auf ihren Privathandys vom LKA angerufen. Die Beamten aus Erfurt wollten dabei Termine für Zeugenaussagen vereinbaren und Informationen über die jungen Antifas gewinnen. Wie sie dabei an die Nummern der Privathandys gekommen sind, ist nicht klar. Einen Antifaschisten versuchte man direkt persönlich abzufangen. Ob es sich bei dem Anquatschversuch um Beamte vom LKA oder Verfassungsschutz handelte, ist nicht klar, da die angesprochenen Person die beiden Beamten konsequent ignorierte und davon fuhr. Auch von Besuchen am Arbeitsplatz wurde berichtet. Besonders in solchen Fällen wird deutlich, dass es nicht nur um

das Zusammentragen von Informationen geht, sondern die Ermittlungen ein Anlass sind, um Antifaschisten legal unter Druck setzen und einschüchtern zu können.

Damit Repression nicht ihre gewünschte Wirkung erzielen kann, nämlich neben der Drangsaliierung und Verfolgung Einzelner linke Strukturen finanziell und strukturell zu belasten oder gar lahm zu legen, ist es wichtig, sich langfristig solidarisch mit den Betroffenen zu zeigen. Eine Möglichkeit dies zu tun, sind Spenden. Diese gehen an das Konto der Roten Hilfe Südthüringen (IBAN: DE53 4306 0967 4007 2383 53) unter dem Verwendungszweck SAALFELD.

Anzeige

# Rote Hilfe Südthüringen



**Werde Mitglied!  
Solidarität ist eine Waffe!**

[www.suedthueringen.rote-hilfe.de](http://www.suedthueringen.rote-hilfe.de)

## ZUM TOD VON LARS REHBEIL – DOKUMENTATION EINES REDEBEITRAGS

**G**UT ACHT JAHRE IST ES NUN HER, DASS DER ILMENAUER PUNK LARS REHBEIL in einer Polizeizelle der Kleinstadt an einer Mischintoxikation starb, weil die Dienst habenden Polizeibeamten sich über die Rechtslage hinwegsetzten und die Hinzuziehung eines Arztes verweigerten. Damit diese fahrlässige Tötung, ihre Hintergründe und die lächerlichen Konsequenzen für die Verantwortlichen nicht in Vergessenheit geraten, hielt die Antifa Arnstadt-Ilmenau auf dem Mahngang des Antifaschistischen/Antirassistischen Ratschlags in Ilmenau am 4. November 2016 einen Redebeitrag, den wir hier dokumentieren.

**A**M 17. JANUAR 2009 STARB LARS REHBEIL, ein 28-jähriger Punk aus Ilmenau, in einer Gewahrsamszelle der Ilmenauer Polizeiinspektion. An jenem Tag übernahm sich Rebi – wie ihn seine Freunde nannten – mit den Rauschmitteln und kam nach einem verkorksten Abend und nach Auseinandersetzungen mit dem Rettungsdienst schließlich in die Ausnüchterungszelle der Polizei. Dort starb er an Atemlähmungen infolge einer Mischintoxikation von Alkohol und Heroin. Für einen Arzt wäre es ein leichtes gewesen, das Leben des jungen Mannes zu retten. Gesetzlich ist die Polizei nach derartigen Ingewahrsamnahmen zur Hinzuziehung eines Arztes, der die Gewahrsamstauglichkeit überprüft, verpflichtet. Die Ilmenauer Polizei holte an jenem Winterabend keinen Arzt für Rebi und führte stattdessen unregelmäßige Kontrollen auf Lebenszeichen durch. Im späteren Gerichtsprozess kam heraus, dass mindestens zwei dieser protokollierten Kontrollen gar nicht stattfanden. Rebi erstickte qualvoll wenige Stunden nach seiner Festnahme, weil die Beamten die notwendige Hilfe verweigerten.

Von Bertolt Brecht stammt der Satz: „Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur weniges davon ist in unserem Staat verboten.“ Auch die verantwortlichen Ilmenauer Polizisten töteten an jenem Abend. Dass niemand in der Polizeiinspektion daran dachte, einen Arzt für Rebi zu besorgen und damit entsprechend der eigenen gesetzlichen Vorschriften (§10 der Polizeigewahrsamsordnung) zu handeln, hat viel damit zu tun, wer Rebi war. Jörg P., Schichtführer

der Ilmenauer Polizei in besagter Nacht, sagte im Gerichtssaal: „Man muss unterscheiden, welche Personen in Gewahrsam genommen werden und warum.“ Rebi war ein Punk, ein „stadtbekannter Trinker“, einer jener Leute, die per Stadtverordnung vom Wetzlaer Platz vertrieben wurden, weil sie das Stadtbild verschandeln. Rebi war für die bürgerliche Gesellschaft ein Aussätziger, für die Polizei stellte er ein Problem dar, weil seine Lebensführung von der maximal tolerierbaren abwich. All das schwingt mit, wenn ein Polizist im Gericht sagt, man müsse differenzieren, wer da in den Gewahrsam käme und dann entscheiden, ob ein Arzt hinzugezogen wird, obwohl die Vorschriften genau das zwingend erfordern.

Mit anderen Worten, wäre Rebi kein Punk und notorischer Trinker, sondern ein in einem Studentenclub kollabierter Student oder ein betrunken zusammen gebrochener Weihnachtsmarktbesucher gewesen, sein Leben wäre gerettet worden. Statt für jedes Leben zu kämpfen oder sich wenigstens an die biedereren Vorschriften, die den Deutschen sonst so wichtig sind, zu halten, nahm man den bequemen Weg, rief keinen Arzt und setzte darauf, dass Rebi am nächsten Morgen schon wieder aufwachen würde. Das Kalkül ging nicht auf. Rebi starb an jenem Morgen im Polizeigewahrsam, dort wo er eigentlich – so die bürgerliche Vorstellung – Sicherheit und Schutz erwarten müsste.

Im Gerichtsprozess gegen den schichtführenden Beamten Jörg P. wurde Rebi pathologisiert. Er sei depressiv gewesen, litt unter starken Gefühlsschwankungen und Aufmerksamkeitsdefiziten, war möglicherweise borderline-persönlichkeitsgestört, war notorischer Trinker und aggressiv. Die gesellschaftlichen Ursachen für Rebis Lebenslauf spielten keine Rolle. In einer

kapitalistischen, sozial-kalten Gesellschaft, in der das menschliche Leben zur Funktion für den Produktionsprozess verkommen ist, ist jeder nur für sich selbst verantwortlich, so sehr ihn auch die unmittelbar gesellschaftlich-vorgegebenen Umstände zugerichtet haben. Dass Rebis Leben nicht zuletzt durch den allgemeinen Charakter bürgerlicher Gesellschaft bestimmt ist, von der er sich bewusst abgrenzte, ist unwesentlich für ein deutsches Gericht, das Gesetze vollstreckt, die das Gesicht der kapitalistischen Barbarei tragen und sie reproduzieren sollen.

120 Tagessätze zu je 60 Euro verhängte das Amtsgericht gegen Jörg P. für die fahrlässige Tötung. Den größten Kampf im Gerichtssaal führte Rebis Vater als Nebenkläger. Er rang sichtlich mit der Fassung, als der Preis des Lebens seines Sohnes ausgehandelt wurde. Nur einmal äußerte sich der Mann, nämlich als Jörg P. Bedauern über den Tod seines Sohnes ausdrücken wollte. Es käme zu spät, sagte Rebis Vater. Das ist so richtig und verständlich, wie es Bände über Jörg P.'s wirkliches Bedauern ausdrückt. Mehr als ein Jahr

nach Rebis Tod äußerte der hauptverantwortliche Polizist erstmals sein Bedauern im eigenen Gerichtsprozess. Berufliche Konsequenzen hatte die fahrlässige Tötung für Jörg P. unseres Wissens nach nicht und auch die anderen beteiligten Beamten kamen ohne Disziplinarverfahren oder ähnliches davon.

Rebi ist einer von vielen, die fern jedes öffentlichen Interesses in Polizeizellen, Knästen, Lagern und anderen Orten ihr Leben verlieren, weil die Gesellschaft jenen die Hilfe verweigert, die ihrer am dringendsten bedürften oder schlimmer noch, weil sich die menschenfeindliche Ideologie dieser Gesellschaft am ehesten aktiv gegen jene richtet, die auffallen ohne Schutz, gegen Randgruppen, gegen Obdachlose, Flüchtlinge oder andere Mittellose. Für diese Menschen gibt es dann keine staatlich-organisierten Gedenkprozessionen, keine Blumen, kein Erinnern. Und gerade deshalb spricht dieser Umgang mit den Schwachen das Existentialurteil über diese Gesellschaft, diesen Staat und – im Falle Rebis – über seine Staatsmacht.



*Trauerzug von Rebis Freunden und Ilmenauer Punks am 22. Januar 2009, einige Tage nach Rebis Tod, zur Polizeiinspektion Ilmenau. Vier Tage vorher wurde kurzzeitig das Foyer der Ilmenauer PI symbolisch besetzt.*

## WILLKOMMENSKULTUR UND ABSCHIEBEPOLITIK – DOKUMENTATION EINES PODIUMSBEITRAGES

**A**M 5. NOVEMBER 2016 FAND IN ILMENAU DER 26. antifaschistische & antirassistische Ratschlag statt. Auf dem dortigen Auftaktpodium diskutierten der Thüringer Flüchtlingsrat, die Flüchtlingsinitiative The Voice Refugee Forum und das linksradikale Erfurter Bündnis „Grenzen abschaffen“ über den Widerspruch der von der rot-rot-grünen Landesregierung proklamierten Willkommenskultur für Geflüchtete und ihrer gleichzeitigen Abschiebepaxis. In der Veranstaltungsankündigung hieß es: „Abschieben geht auch mit Links. Die Thüringer Landesadministration organisiert ganze Charter für Flüchtlinge aus den Westbalkanstaaten, darunter viele dort verfolgte Roma, um sich Hilfesuchender zu entledigen und diese Menschen der Verfolgung und Verelendung in ihren Heimatländern preiszugeben.“ Wir dokumentieren den Podiumsbeitrag des Antifa-Bündnisses „Grenzen abschaffen“.

### *Willkommenskultur vs. Abschiebepolitik*

**K**ONKRET SPRECHE ICH ÜBER DIE SITUATION DER antifaschistischen Linken in Erfurt, die sich seit Ende 2015 mit wöchentlichen, nun monatlichen Aufmärschen der AfD herumschlägt, außerdem mit dem Auftreten diverser Nazigruppen und -zusammenschlüsse, die teilweise zum Stadtbild gehören bzw. fester Bestandteil von Wohngebieten sind.

Neben Nazis und Rassist\*innen hat man es in Erfurt – wie auch anderswo – mit Polizeibeamt\*innen zu tun, die sich beleidigt fühlen, wenn sie als Rassist\*innen bezeichnet werden, wenn sie rassistisch kontrollieren und mit einer Staatsanwaltschaft, die solchen Strafverfahren den Weg zum Amtsgericht ebnet, wo eben diese zum Schuldspruch gegen Aktivist\*innen gebracht werden. Nazis und Rassist\*innen auf der Straße und in den Parlamenten, die Gesetze vollstreckenden Sicherheitsbehörden und die merklich erfreute Legislative spricht Recht über antifaschistisch und antirassistisch Aktive.

Hinzu kommt die Auseinandersetzung mit der rot-rot-grünen Landesregierung, die in Person ihrer Akteur\*innen nicht gern auf ihre politische Verantwortlichkeit in Sachen Abschiebungen und allgemein der Umsetzung von Bundesgesetzen in Bezug auf Geflüchtete hingewiesen wird. Schließlich verstehen sich SPD, Die Grünen und Die Linke als humanitäre staatliche Helfer, um die Bedürfnisse der zu regierenden zu befriedigen und zugleich Vielfalt, Toleranz, Respekt und all diese Floskeln umzusetzen.

### *Politische Einordnung*

**E**XEMPLARISCH SEI DAFÜR DIE KAMPAGNE „Mitemenschlich in Thüringen“ herangezogen. Mit dabei waren Rot-Rot-Grün und ihre Verbände, Vereine, Ortsgruppen, aber auch Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und andere. Am 9. November des letzten Jahres fand eine große Kundgebung auf dem Domplatz in Erfurt statt, wo kurz zuvor noch eine ähnliche Anzahl an Menschen demonstriert hatte unter dem Label der AfD. Dort wurde die „Mitemenschlichkeit“ der Beteiligten beschworen, doch dass von „mitemenschlich“ in Thüringen kaum die Rede sein kann, zeigt sich unter anderem am ausbleibenden bürgerlich-zivilgesellschaftlichen Protest gegen die nun beschlossenen Asylrechtsverschärfungen und die Politik der rot-rot-grünen Landesregierung. Im Winter 2015 gab es keinen Winterabschiebestopp – der Appell von Teilnehmenden des letztjährigen Ratschlags blieb auf der symbolträchtigen Festveranstaltung unverlesen. Auch in diesem Winter wird es keinen Winterabschiebestopp geben. Warum nutzt die rot-rot-grüne „mitemenschliche“ Landesregierung diesen Spielraum nicht?

Die Asylrechtsverschärfungen in Form der sogenannten Asylpakete I und II werden auch in Thüringen umgesetzt:

- Geflüchtete werden einem regressiven Lagersystem und Residenzpflicht unterworfen. Sie haben dort zu sein, wo sie der Staat am effizientesten registrieren und verwalten kann.
- Wessen „Ausreisetermin“ feststeht, dem wer-

den Leistungen gekürzt, ein soziokulturelles Existenzminimum wird ihnen nicht zuerkannt.

- Der Familiennachzug ist ausgesetzt, wovon im Regelfall unbegleitete minderjährige Geflüchtete betroffen sind. Zu der jüngsten Absenkung der Jugendhilfstandards für Geflüchtete kann der Vertreter des Flüchtlingsrates sicher Genaueres berichten.
- Wer aus einem „sicheren Herkunftsland“ kommt, dessen Fluchtgründe werden nicht im Einzelfall geprüft: Beschleunigte Verfahren finden statt, während diese Menschen gesondert untergebracht auf ihre Abschiebung warten oder sich gezwungenermaßen doch für eine „freiwillige Ausreise“ entscheiden, die ihnen nahegelegt wird.

### *Was bedeutet diese „freiwillige Ausreise“?*

**D**U DARFST NICHT BLEIBEN, wir bringen dich mit offener Gewalt hier weg oder du gehst „freiwillig“ unter Androhung dieser Gewalt. Das Offerieren dieser euphemistisch benannten „freiwilligen Ausreise“ – oder benennen wir das Paradox doch „freiwillige Abschiebung“ – verstehen die politischen Verantwortlichen von Rot-Rot-Grün als einen humanitären Akt der Gnade. Im Angesicht der Situation der Betroffenen ist diese eingeräumte Möglichkeit ein böser Zynismus, verdeutlicht jedoch das schlichte Interesse, nämlich sich der Betroffenen zu entledigen. „Freiwillige Ausreise“ klingt deutlich freundlicher, ist für den Freistaat aber auch deutlich Kostengünstiger als die Abschiebemaschinerie in Gang zu setzen. Außerdem lohnen sich die „freiwilligen Ausreisen“ als Beleg der gutmütig ausgestalteten Umsetzung der Ausweisung der Nicht-Asylberechtigten. Gleichzeitig werden als unschön empfundene Szenen vermieden, in denen Betroffene von Polizeibeamt\*innen unangekündigt aus ihren Unterkünften abgeholt werden. Mit den „freiwilligen Ausreisen“ wird die faktische Abschiebung aus der öffentlichen Wahrnehmung verbannt. Wer seine Regierungsfähigkeit beweisen will, setzt auf diese kostengünstige, große Aufmerksamkeit und potentiellen Widerstand vermeidende Alternative und die Fachkräfte – Polizeibeamt\*innen – werden geschont.

### *Härtefallkommission als Chance für Romn\*ja?*

**E**INE WEITERE EINRICHTUNG DER Thüringer Mitmenschlichkeit ist die Härtefallkommission. Diese Institution behandelt Einzelfälle abgelehnter Asylanträge. Betroffene müssen an Mitglieder der Kommission herantreten, damit diese den Fall einbringen können. Da von der Regelung der sicheren Herkunftsländer in Thüringen vor allem Rom\*nja betroffen sind und sie kein Asyl erhalten, ist die Kommission eine Möglichkeit für sie.

Da entsprechenden Herkunftsstaaten wie Serbien, Mazedonien und Kosovo als „sicher“ gelten, werden ihre Anträge im „beschleunigten Verfahren“ behandelt. Die strukturelle und soziale Diskriminierung, welche die gesellschaftlich als Roma stigmatisierten und ausgegrenzten Betroffenen, alltäglich im Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und im Sozialen in den Herkunftsstaaten erleben, wird damit nicht für eine Entscheidung um ein Asylbegehren herangezogen.

Wessen Einzelfall in der Härtefallkommission geprüft wird, braucht langen Atem in der Vorbereitung dieses Antrags und tatkräftige Unterstützer\*innen. Dass diese und viele weitere Bedingungen für die meisten aber schwerlich zu erfüllen sind, lässt sich erahnen. Wessen Asylantrag abgelehnt wurde, hat wenig Chancen legal in Deutschland zu bleiben und die Anstrengungen dies zu erreichen sind für Menschen in solchen alles anderem als alltäglichen Situationen unmögliche Hürden.

Ich denke an unsere Freundin Radmila Anic, die mit Verbündeten für ihren legalen Aufenthalt gekämpft hat. Ihr Fall wurde in der Härtefallkommission behandelt, er wurde abgelehnt. Radmila hat die freiwillige Ausreise angetreten, aber sie wurde abgeschoben, weil Deutschland, weil Thüringen, weil die politischen Verantwortlichen sie nicht hier leben lassen. Einmal mehr zeigt der deutsche Staat seine Geschichtsvergessenheit gegenüber der verfolgten, ermordeten Menschengruppe der Romnja.

### *Sachzwänge? Nicht mit uns!*

**D**IE POLITISCHEN VERANTWORTLICHEN sind immer wieder mit den Konsequenzen ihrer Entscheidungen zu konfrontieren. Das Argument der Sachzwänge, übergeordnete Gesetze ausagieren zu

müssen, akzeptieren wir nicht, weil sie für das Leben der Betroffenen im Not und Elend keine Rolle spielen. Es gibt keinen Zwang sich gegen das Selbstverständlichste auf der Welt zu entscheiden und Menschen in Not nicht zu helfen, auch wenn dies einen Bruch mit der Bundespolitik bedeuten würde. Wer mit Sachzwängen argumentiert, verdeckt seine Absicht dahinter: nämlich Regierungsfähigkeit beweisen zu wollen und weiter mit zu spielen.

Es zuzulassen, dass Menschen unangekündigt abgeholt und an einen Ort verbracht werden, an dem sie nicht leben wollen, ist nicht mitmenschlich, sondern menschenfeindlich. Dieses Denken folgt einer zum systemgewordenen Logik der Menschenfeindlichkeit: Jeden Versuch Geflüchtete einzuordnen in Kategorien von Nützlichkeit, weisen wir zurück. Wenn politische Akteure dem deutschen Volk in Thüringen schmachhaft machen wollen, dass es den höchsten Zuzug in die neuen Bundesländer seit 26 Jahren gibt und das als Chance begriffen werden muss, dann sagen wir „Nein“. Wer einen Menschen nur akzeptiert, weil er dem Ärztemangel auf dem Land durch seine Anwesenheit entgegenwirkt, der wird einer der nächsten rassistischen Mobilisierung – von welcher Seite die auch kommen mag –, folgen.

Dabei hassen die Rassist\*innen, Faschist\*innen und diese, die sich gar nicht so nennen wollen, die Geflüchteten und Ausländer\*innen nicht zuallererst für ihre vermeintlich fremde Kultur, für ihr Verschiedensein; was sie am meisten hassen, ist, dass die Ausländer\*innen mit ihnen um Arbeitsplätze, Sozialhilfe und Wohnungen konkurrieren. Der sich aus dieser Angst speisende Rassismus ist ein notwendiges Produkt einer Gesellschaft, in der jeder einzelne seine Nützlichkeit für ein Produktionsverhältnis erweisen muss, in dem Hunger kein Grund für Produktion ist. Diese sogenannten besorgten Bürger\*innen sind Rassist\*innen – und ihr Rassismus ist Projektionsleistung der eigenen Angst vor dem gesellschaftlichen und ökonomischen Abstieg und der potentiellen Überflüssigkeit.

### *Widersprüche antifaschistischer Bündnisarbeit*

**I**N UNSEREM AGIEREN ALS ANTIFASCHIST\*INNEN entsteht durch die grundsätzliche Kritik an diesen gesellschaftlichen Verhältnissen und an

den verwaltenden Akteuren ein Spannungsfeld. Damit komme ich auf die Widersprüche in unserer politischen Praxis als radikale Linke in Thüringen, speziell in Erfurt zu sprechen:

Wir arbeiten mit politischen Akteuren auf einen Gegenstand gerichtet zusammen, denen wir gleichzeitig in Bezug auf einen anderen Gegenstand konträr gegenüberstehen. Es kommt zu Konflikten und harten Konfrontationen. Eine mögliche „strategische Zusammenarbeit“ wird am konkreten Problem immer wieder überprüft. Beispielsweise vertreten wir als linksradikales Bündnis „Grenzen abschaffen“ das Interesse, den Protest gegen die AfD in Erfurt zu stärken. Gleichzeitig sind im agierenden Groß-Bündnis „Auf die Plätze fertig Mittwoch“ Akteure beteiligt, die in unmittelbarem Kontakt zur rot-rot-grünen Regierungsverantwortung stehen.

Wir sehen unsere Aufgabe im Bündnis darin, Einfluss zu nehmen, auf die politische Einordnung des Phänomens der AfD-Aufmärsche. Über unsere Aufrufe, Redebeiträge und Berichte wollen wir den Zusammenhang zwischen dem Rassismus der AfD und dem institutionell ausagierten Rassismus der politischen Verantwortlichen aufzeigen und kritisieren. Wir wollen darüber hinaus deutlich machen, dass wir eine Gesellschaft ablehnen, in welcher wir als Lohnabhängige schufteln gehen müssen, in der Menschen andere Menschen in Lagern einsperren und andere an Menschen gemachten Grenzen sterben. Die Landes- und Bundesregierung sind für die Aushöhlung bzw. Abschaffung des Asylrechts und die Vollstreckung zu kritisieren. Das sollte wichtiger Teil dieser Demonstrationen und Thema im „Auf die Plätze“-Bündnis sein.

### *Was tun?*

**E**S IST ALSO GANZ KLAR, dass wir in solchen Bündnissen nicht alle einer Meinung sind. Wir streiten uns dort und auch mit den Adressat\*innen unserer Kritik, denn Kritik muss jede\*n treffen können und alle müssen sie aushalten. Diese Kritik zu schärfen, ist in unserem Selbstverständnis verankert, eben wie der Streit. Dies ist eine Antwort auf die Frage „was tun?“ Die nachfolgenden Punkte sind Teile weiterer Antworten, die zum Teil Ansprüche enthalten, die wir nicht erfüllen.

- Wir bleiben dabei, Abschiebungen nicht zu akzeptieren und uns diesen in den Weg zu stellen. Wenn in Erfahrung gebracht werden kann, wann und wo Abschiebungen stattfinden, dann versuchen wir Öffentlichkeit zu schaffen, zu protestieren und Widerstand zu leisten. Konkret sind wir dem Gewaltmonopol des Staates meist unterlegen und Abschiebungen passieren, oder Menschen reisen „freiwillig“ aus.
- Realistisch betrachtet, befinden wir uns in einer schwachen, ohnmächtigen Position, die Perspektiven machen traurig. Unserer Wut gegenüber den herrschenden Verhältnissen Ausdruck zu verleihen, kann eine widerständige Praxis sein.
- Gleichzeitig hoffen wir darauf, dass Flüchtende nicht aufgeben, dass sie in Bewegung bleiben und sich über Grenzen und ihre tödlichen Hindernisse hinwegsetzen, wie es bereits eindrucksvoll passiert. Denen, die noch nicht hier sind oder nicht mehr, denen wünschen wir Glück, es wieder zu schaffen. Grenzen können überwunden werden. Grenzen sollten abgeschafft werden.
- Die hiesige Willkommenskultur besteht unter anderem aus Wohlätigkeit, die aufgrund des Staatsversagens notwendig war und ist, aber auch aus einer oftmals paternalistischen Stellung gegenüber den Geflüchteten. Wir fordern eine

Solidarität mit den Flüchtenden, Geflüchteten und Abgeschobenen, die politisch ist! Bedürfnisse müssen ernst genommen werden, dafür muss gekämpft werden. Die Selbstorganisation der Betroffenen zu unterstützen ist notwendig. Im Workshop des Break Deportation-Netzwerks könnt ihr dazu beispielsweise mehr erfahren.

- Wir müssen unseren Blick schärfen auf die Gesellschaft, aber auch auf uns selbst, um Rassismus und Diskriminierung zu erkennen und ihn anzuklagen. Eine Konsequenz daraus lautet, die Polizei ist nicht unser Freund und Helfer, das lassen sie uns spüren und das sollten wir sie auch spüren lassen.
- Staatliche Institutionen sind zu beobachten: Das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen ist nicht abgeschafft, obwohl Die Linke vor ihrem Regierungsantritt damit geworben hat. Die Aufklärung der Strukturen und Taten des NSU und seines Unterstützungsnetzwerkes und seine Verstrickung mit staatlichen Behörden ist in keiner Weise nahe.
- Was wir in unserer politischen Praxis brauchen, ist ein gutes Gedächtnis, Ausdauer und Kraft. Um diese wiederum zu reproduzieren, brauchen wir solidarische Infrastruktur, brauchen wir Freiräume für Analyse, Kritik und den politischen Kampf.



## ÜBER DIE SORGE DER ILMENAUER UM DAS IMAGE IHRER STADT

**E**NDE JANUAR 2017 WURDE IN ILMENAU in der August-Bebel-Straße ein Geschäft für arabische Spezialitäten mit Hakenkreuzen und den Worten „Raus Kanacken“ beschmiert. In Ilmenau weiß man sich deshalb besorgt. Aber nicht etwa, weil das auf einen rassistischen Hintergrund und somit auf eine Gefahr für nicht-deutsch-Aussehnde hinweist, sondern weil es dem Image der Stadt schaden könnte. Es ist die ewig gleiche Leier der um den Standort Besorgten.

*„Schaden vom Stadtimago fern zu halten, ist das gemeinsame Ziel der etablierten Institutionen.“*

**I**M NOVEMBER 2016 FAND IN ILMENAU der 26. Antifaschistische und antirassistische Ratschlag statt. In dessen Aufruf wird die Kleinstadt am Nordrand des Thüringer Waldes wie folgt charakterisiert: „Seit Jahren gibt es in Ilmenau und Umgebung einen wahrnehmbaren Rassismus, der sich neben Pöbeleien und Propaganda auch in Bedrohungen und offener Gewalt gegenüber ausländischen Studierenden, Linken oder Geflüchteten entlädt. Von der Polizei und der Lokalpresse werden solche Ereignisse – wenn sie überhaupt Erwähnung finden – meist als unpolitische Konflikte verharmlost und so in ihrer politischen Dimension relativiert. Schaden vom Stadtimago fern zu halten, ist das gemeinsame Ziel der etablierten Institutionen.“<sup>1</sup> Damit unterscheidet sich Ilmenau nur graduell von anderen Orten der (Süd-)Thüringischen Provinz. Da es sich aber, wenn auch nicht um Ausnahmerscheinungen, so doch um Indikatoren für gesellschaftliche Missstände handelt, entschied man sich zurecht, diese im Rahmen des Ratschlags und dessen Aufruf zu thematisieren, indem man Ilmenau als Veranstaltungsort des Jahres 2016 wählte. Dass es sich beim Ratschlag nicht um eine Institution handelt, deren Intention es ist, das Ansehen der gewählten Stadt der Austragung aufzupolieren, sondern man den Rassismus und die Naziprobleme in der „bürgerlich-konservativ administrierte[n] Kleinstadt“ thematisierte, stieß auf großen Unmut vieler Ilmenauer. Kaum ein Aufruf zum jährlich stattfindenden Ratschlag schlug so große Wellen, wie jener für Ilmenau. In mehreren Artikeln der Lokalpostille Freies Wort fanden sich neben anderen Empörungen über diese „unsäglichen Behauptungen“

vor allem kritische Worte des CDU-Stadtverbandsvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Andreas Bühl. Dieser glaubt, einer Stadt ein Problem zu attestieren, in der Migranten angegriffen, Linke von Nazis in ihren Wohnungen überfallen, alle Nichterwünschten aus dem Stadtbild verdrängt werden und im Jahr 2009 ein Punk wegen Fahrlässigkeit der Polizei in einer Zelle verstarb<sup>2</sup> – um nur ein paar Beispiele zu nennen –, würde in der Einschätzung „die Realität in unserer weltoffenen Universitätsstadt“ völlig verfehlen. Wer solche „unreflektierten Aussagen [...] unterstützt, schadet dem Ansehen unserer Stadt“, wird Bühl, ehemaliger Mitarbeiter der NSU-Supporter „Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz“, weiter in einem Artikel zitiert. Dass er und seine Mitkämpfer den Problemumriss, wie er im Aufruf stattfand, mitnichten dementieren, sondern bestätigen, war ihm wohl nicht klar. Denn einmal mehr hat sich gezeigt, in Sorge um das Stadtimago möchte man bestehende Probleme nicht beseitigen, sondern beschweigen.

### *Gefahr benannt*

**Ä**HNLICHE MECHANISMEN KONNTE man auch beobachten, als bekannt wurde, dass Anfang des Jahres ein Geschäft für arabische Spezialitäten mit Nazisymbolen besprüht wurde. „Das ist ein Angriff auf alle Ilmenauer Bürger. Unser Ruf als tolerante und weltoffene Stadt wird damit befleckt“, wird Stadtratsvorsitzender Rüdiger Meier (CDU) in der Thüringer Allgemeine zitiert. „Unsere Universität als ein multikulturelles und wissenschaftliches Zentrum der Stadt erleidet einen Imageverlust, dessen Auswirkung auf Studierendenzahlen und Kontakte in alle Welt noch gar nicht voll einzuschätzen ist“, heißt es da weiter.

1 Der komplette Aufruf ist aktuell zu finden unter: <http://ratschlag-thueringen.de/index.html>

2 Vgl. unseren Beitrag in dieser Ausgabe auf S. 16f.

Aus einem Angriff auf ein von Migranten geführtes Geschäft einen auf die Bürger der Stadt Ilmenau zu machen, gelingt nur unter Ausblendung des rassistischen Hintergrundes der Tat. Wie sich der Ilmenauer Bürger dadurch angegriffen fühlen darf? Durch Rufbefleckung, ist doch klar. Auch Reinhard Schramm, Vorsitzender der jüdischen Landesgemeinde Thüringen, bildet hier nur scheinbar eine Ausnahme, wenn er, statt das Stadtimage zu bewahren und in Selbstmitleid zu ergeben, immerhin seine Solidarität mit den Opfern des Hasses ausdrückt. Aus der Tatsache folgernd, dass am selben Abend auch ein Büro der Ilmenauer CDU beschmiert wurde, weiß er nämlich ebenso vor den Feinden der Demokratie auf der anderen Seite der Gesellschaft, die man sich in Ilmenau in Form eines Hufeisens denkt<sup>3</sup>, hinzuweisen. „[A]uch Linksextremismus würde das Land gefährden“, wird er indirekt im TA-Artikel zitiert. Damit sind unter Rückgriff auf die Extremismustheorie sogleich die Nestbeschmutzer delegitimiert, weil sie in ihrer Ursachenanalyse des Rassismus eine radikale Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft leisten.

### Gefahr gebannt

**S**TATT ALSO IN DEN SPRÜHEREIEN – wie sie leider traurige Regelmäßigkeit in ostdeutschen Kleinstädten darstellen – ein Beleg dafür zu sehen, dass auch die ‚weltoffene Universitätsstadt‘ ein Problem mit Rassismus hat, wird der Vorfall als ein Einzelfall behandelt, der dem eigentlichen

3 Das Hufeisenmodell ist ein Schema zur Erklärung von Gesellschaft aus der Extremismustheorie, demnach es eine gesellschaftliche Mitte gibt, an deren Rändern sich, wie bei einem Hufeisen, linke und recht Positionen ausmachen lassen. Je mehr nun eine Position als extrem eingeschätzt wird, um so mehr sei sie an den rechten und linken Rand des Hufeisens gelagert, die in der gebogenen Form des Hufeisens wiederum eine starke Nähe zu einander aufweisen.

Ilmenau nicht gerecht werde. Der Angriff nun verweise nicht etwa auf eine Gefahr für die von Rassismus Bedrohten und Betroffenen, sondern stelle eine Gefährdung der Bewohner Ilmenaus dar. Es wird soweit von der konkreten Gefahr für Menschen abstrahiert, dass in der diffusen Bestimmung einer irgendwie gearteten Gefahr es möglich wird, einen Imageschaden in seinen



Das Lokalblatt thematisiert die Nestbeschmutzer-Kontroverse und gibt rechten Lokalpolitikern und anderen Heimatschützern ausreichend Platz; Schäden am Stadtimage zu beweinern. Die Ilmenauer Linkspartei distanzierte sich schon im Vorfeld in vorausseilendem Gehorsam und blieb dem Ratschlag sowie dessen Vorbereitung fern.

Folgen als weitreichender einzuschätzen als die Gefahr für die Unversehrtheit von Menschen. Dabei kann eigentlich nicht einmal von einer falschen Priorisierung die Rede sein, denn vom Rassismus spricht hier niemand. Dass man da, wo es bereits eine Öffentlichkeit für solche Vorfälle gibt, sich echauffiert, solche Vorfälle aber am liebsten totschweigen möchte, verweist auf eben diese Einschätzung der Problemlage. Wer nämlich ein ernsthaftes Interesse daran hätte, in einer Stadt ein weltoffenes und tolerantes Klima zu schaffen, dem müsste daran gelegen sein, alles was dem entgegen steht zumindest einzudämmen, was voraussetzt, das Ganze als existierendes Problem anzuerkennen.

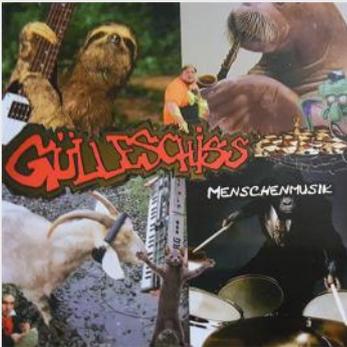
## Was ich nicht sehe, gibt es nicht

**D**EN RASSISMUS, DIE EXISTENZ VON NAZIS in Ilmenau und die biedere Stadtpolitik aber muss totschweigen, wer die eigene Scholle als bunte, weltoffene Kleinstadt präsentieren will. Dass die belegbaren Probleme nicht als solche benannt werden, hat allerdings wohl nicht nur strategische Ursachen, sondern liegt auch daran, dass sie es für die, die am lautesten um das Stadtimage jammern tatsächlich nicht sind. Was kümmert es den gut angepassten Biodeutschen mit gekämmten Haaren und weißer Haut, wenn eine Migrantin aufs Maul bekommt oder ein Punker in der Stadt sein Bier nicht mehr trinken darf. Besorgt ist dies Klientel um den Standortfaktor der Stadt, in der man ein Grundstück erworben hat und auf einen Arbeitsplatz angewiesen ist – oder das perspektivisch sein wird. So reagiert man beleidigt darauf, wenn das Eigenheim als gute Wertanlage in Gefahr ist oder die Reputation der Uni, auf der man einen Abschluss erwerben

will. Als Problem erkannt, werden dann nicht gesellschaftliche Missstände sondern jene, die es wagen, darauf aufmerksam zu machen. Der Nestbeschmutzervorwurf ist dann so schnell zur Hand wie der Vergleich jener, die für eine offene solidarische Gesellschaft eintreten, mit Menschen, die die Gesundheit und das Wohlbefinden anderer gefährden wollen. Wenn es dann um ausgemachte Linksextremisten geht, kann man mit demokratischen Segen laut losjammern über einen Aufruf, der nicht in den Ilmenau-wie-schön-du-bist-Lobgsang mit einstimmt.

Doch was auch immer man diesen Linksextremisten – das sind dann wohl unter anderen wir – unterstellt, in einer Sache haben all die besorgten Standortschützer sicher Recht: Das Image dieser Stadt ist uns egal! Und ja, es ist uns ein Anliegen, eine Ordnung zu gefährden, in der man nur gut angepasst die Illusion hegen kann, ein gutes Leben zu führen. Da auch das nur eine Illusion ist, ist das keine erstrebenswerte Alternative für uns.

### PLATTENTIPP: GÜLLESCHISS – MENSCHENMUSIK



**D**IE VIER MUSIKER VON GÜLLESCHISS AUS LAUSCHA haben kürzlich mit „Menschenmusik“ ihr erstes Album mit zwanzig Tracks veröffentlicht. Bereits 2011 hatten Kons und Paul die Idee eine Punkband ins Leben zu rufen, aber erst zum hauseigenen Festival „Open Air, bitte sehr“ im Jahr 2013 fand sich die Band zusammen. Der erste Track „Intro des Intros“ stammt aus der US-amerikanischen Animationsserie „Rick and Morty“ und gibt den Titel des Albums „human music“, zu Deutsch „Menschenmusik“, vor. Die CD wird laut Inlay in ein paar Jahren Millionen wert sein. Im Song „Fick Dich scheiß Nazi“ sagen sie kurz und deutlich, was sie von eben diesen halten. Klare Haltung zeigt die Band auch gegen Grauzone.

Zum Thüringenpunk-Geburtstag im März 2016 spielten sie noch im Grünen Haus in Suhl, am 25. Dezember 2016 sagten sie dort nach einer Veröffentlichung eines Statements bezüglich eines offenen Umgangs mit der Grauzone durch das Haus ihr Konzert ab. Auf der Bühne glänzen sie immer wieder mit ausgefallener Kostümierung und die Gitarrenriffs lassen sich hören. Live sehen könnt ihr GÜLLESCHISS unter anderem am 25./26. August auf dem „Open Air, bitte sehr“ in Lauscha. Wir sind gespannt auf den Sommer in Lauscha! Fazit: Human music. I like it.

7 EURO, BEZUG ÜBER: GUELLESCHISS.DE | DIE DEBÜT-CD IST BALD AUCH AUF GUELLESCHISS.BANDCAMP.COM ZUM DOWNLOAD ERHÄLTICH.

## EINE GEDENKTAFEL FÜR SUHLER NAZIS

**M**IT EINEM VON ALLEN FRAKTIONEN BEFÜRWORDETEN BESCHLUSS hatte sich der Suhler Stadtrat am 25. Mai 2016 für die Errichtung einer Gedenktafel für Suhler Nazis auf dem Hauptfriedhof ausgesprochen. Bereits zum „Volkstrauertag“ am 13. November 2016 wurde jene Erinnerungstafel am Gedenkstein für die Opfer beider Weltkriege eingeweiht. Im Vorfeld gab es berechtigte Kritik durch den VVN-BdA und den Leiter der Gedenkstätte Buchenwald.

### Hintergrund

**N**ACH KRIEGSENDE IM AUGUST 1945 WURDE das Konzentrationslager Buchenwald, welches durch einen Häftlingsaufstand am 14. April 1945 und durch die alliierten Truppen befreit wurde, von den Amerikanern an die sowjetische Besatzungsmacht übergeben. Diese richtete auf dem Gelände des ehemaligen KZs ein Gefangenenlager für politische Gefangene bzw. Kriegsgegner ein. In der Anlage, welche als sowjetisches „Speziallager Nr. 2“ bezeichnet wurde, waren überwiegend Angehörige des NS-Regimes inhaftiert, darunter auch Funktionäre aus Suhl. Die hiesige Tageszeitung „Freies Wort“ brachte es im Zuge der Auseinandersetzung zu der vielsagenden Bezeichnung „Sowjet-KZ“. Dabei war das sowjetische Speziallager ganz sicher keine Weiterführung des nationalsozialistischen Arbeits- und Vernichtungslagers, vielmehr bestimmte die Abwesenheit jedweder Beschäftigung, das Warten auf Strafprozesse und die Isolation von der Außenwelt den Häftlingsalltag. Dass die humanitäre Situation im Lager katastrophal war, ist allerdings unbestritten. In der Zeit von 1945 bis zur Schließung des Lagers 1950 starben 7.000 der 28.000 dort Inhaftierten, darunter acht Personen aus Suhl. Sie starben an unzureichender Ernährung und Folgeerkrankungen. Ebenso unbestreitbar sind die in der Forschung längst belegten Ursachen dieser humanitären Katastrophe. Das Massensterben ist kein Resultat einer gezielten Vernichtungspolitik wie sie die Deutschen verfolgten, sondern eine Folge der schweren Versorgungskrise in der UdSSR und der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in diesem Zeitraum. Die Nahrungsrationen der Gefangenen entsprachen den niedrigsten Vergabennormen innerhalb der SBZ. Allerdings blieb den Gefangenen – im Gegensatz zur übrigen Bevölkerung – die Subsistenzwirtschaft verwehrt. Ein weiterer fundamentaler

Unterschied zwischen sowjetischem Speziallager und nationalsozialistischem Arbeits- und Vernichtungslager ist das Ausbleiben gezielter Tötungen durch die sowjetischen Wachtruppen. Zu solchen kam es im Speziallager nur in Ausnahmefällen, etwa bei Fluchtversuchen. Unter der Aufsicht der SS waren gezielte Tötungen, Folter und schlimmste Gräueltaten Lageralltag.

Laut dem Suhler Oberbürgermeister Jens Triebel (parteilos) hat sich eine betroffene Familie mit der Bitte an ihn gewendet, die Erinnerung an die vermeintlich unschuldigen Suhler Opfer des sowjetischen Speziallager Nr. 2 in Buchenwald voranzutreiben. Laut eigenen Recherchen der Stadt saßen dort eben nicht nur Täter, sondern auch „Unschuldige“ ein.



*Im November 2016 auf dem Suhler Hauptfriedhof eingeweiht: Eine Gedenktafel für NS-Täter.*

Der Antrag 2 (286/56/2016) mit dem Titel „Gedenken der Opfer Kriegsende“ wurde durch den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport in die Stadtratssitzung am 25. Mai 2016 eingebracht. Bei einer Abstimmung in der 24. Sitzung des Stadtrates Suhl im Oberrathaussaal über den Antrag gab es lediglich drei Enthaltungen durch die Linksfraktion (diese verfügt über zwölf Mandate im Stadtrat) und keiner Gegenstimme von insgesamt 30 Stimmberechtigten. Der Beschluss sah vor eine Gedenktafel auf dem Suhler Hauptfriedhof zu errichten, diese sollte folgende Innenschrift tragen: „Die Stadt Suhl gedenkt der Bürger ihrer Stadt, die im sowjetischen Speziallager Nr. 2 Buchenwald und in anderen Lagern der Alliierten unschuldig gelitten haben oder zu Tode gekommen sind“. Ein Termin für die Errichtung stand allerdings noch nicht fest, die Gedenktafel sollte aus privaten Spenden finanziert werden, da dafür keine Haushaltsmittel zur Verfügung stünden.

### **Kritik**

**K**RITIK KAM NICHT NUR DURCH DIE Basisgruppe Suhl/Südthüringen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten<sup>1</sup> und der Antifa Suhl/Zella-Mehlis, sondern auch durch den Leiter und Direktor der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Volkhard Knigge.

Knigge wirft der Stadt Unwissenheit und Gedankenlosigkeit vor, die Stiftung selber verfügt über ein historisches Archiv, in dem u.a. Biografien einzelner Häftlinge nachvollzogen werden können. Laut Knigge hatten alle Inhaftierten, die aus der Region um Suhl kamen, tatsächlich wichtige Funktionen im nationalsozialistischen Apparat. Laut der Dokumentation im Totenbuch des Speziallagers sind dort acht Suhler zu Tode gekommen. Darunter sechs ehemalige Block- und Zellenleiter und zwei Polizisten. Sie waren aktive Mitglieder der NSDAP, Mitarbeiter der Gestapo, SS- und SA-Aktivistinnen – das sind also die „Unschuldigen“, denen die Stadt Suhl gedenken

möchte.<sup>2</sup> Auch die im Denkmaltext implizierte Gleichsetzung von sowjetischem Speziallager und anderen Haftlagern der Westalliierten stößt bei der Gedenkstätte Buchenwald auf Kritik. Die humanitäre Situation in den Kriegsgefangenenlagern der Amerikaner, Briten und Franzosen waren völlig andere, als jene unter sowjetischer Besatzung. Entsprechend waren auch die Todesquoten in den anderen Kriegsgefangenenlagern bedeutend niedriger – eine Differenzierung, die nicht nötig hat, wem es wie der Stadt Suhl vielmehr um die Abrechnung mit den Siegern als um historische Wahrheit geht.

Eine Anfrage an die KZ-Gedenkstätte Buchenwald über die Suhler Inhaftierten durch die Stadt Suhl oder durch den Oberbürgermeister Triebel blieb aus. Hier wollte man sich wohl nicht von den Historikern über die eigenen schätzbaren Absichten belehren lassen. Die Stadt betreibt nicht zum ersten Mal Geschichtsrevisionismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Immer wieder werden bei offiziellen Gedenkveranstaltungen der Stadt an Opfer einer Bombardierung Suhls vom 26. März 1945 und an zwölf auf dem Hauptfriedhof begrabenen Wehrmachtssoldaten erinnert und dort Kränze und Blumen an deren Gräbern abgeworfen. Immer mit dabei ist der Bund der Vertriebenen (BdV), welchem im Jahr 2015 zum 70. Jahrestag der Befreiung namentlich durch den Oberbürgermeister für sein Engagement gedankt wurde. Bei dieser Veranstaltung fand auch der Leiter des Waffenmuseums Peter Arfmann die passenden Worte, in dem er die Bombardierung Bremens als „Terrorangriffe“ bezeichnete.<sup>3</sup>

---

2 Dabei wollen wir gar nicht leugnen, dass die sowjetische Führung im Speziallager auch Unschuldige inhaftierte. Belegt sind Gefangene, die sich der Gegnerschaft zum entstehenden SED-Regime „schuldig“ gemacht haben und keine Faschisten waren, ebenso wie Inhaftierte, denen man die Zusammenarbeit mit den Westalliierten vorwarf. Dass aber unter diesen tatsächlich Unschuldigen auch Menschen aus Suhl waren, ist nicht belegt.

3 Einen ausführlicheren Bericht, sowie eine Einschätzung der Gedenkveranstaltung und die Rolle von Suhl im Nationalsozialismus erschien in der Ausgabe 5 der Alerta Südthüringen mit dem Schwerpunkt „Kritik deutscher Gedenkpoltik“.

---

1 Nachzulesen unter: <http://www.agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=885>

Die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister Jens Triebel wollten sich der Kritik durch die Leitung der Gedenkstätte Buchenwald annehmen. Was daraus geworden ist, steht wohl in den Sternen, denn diese blieb folgenlos. Die Gedenktafel wurde zum öffentlichen Gedenken durch die Stadt Suhl zum „Volkstrauertag“ am 13. November 2016 direkt am Denkmal für die Opfer beider Weltkriege eingeweiht. Die Antifa Suhl/Zella-Mehlis berichtete bereits im Juni über den Beschluss einer Gedenktafel, in ihrer Kritik heißt es folgerichtig:

„Im Fall der Gedenktafel in Suhl konnte eine Skandalisierung nur erreicht werden, da sich der Leiter der Buchenwalder Gedenkstätte öffentlich dazu äußerte. Jedoch, wie wir finden, unzureichend in seinen Äußerungen. Denn der Beschluss des Suhler Stadtrates speist sich nicht, wie von Knigge vorgeworfen, aus Unwissenheit oder Gedankenlosigkeit, sondern ist Teil der verfolgten Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit. Die deutschen Täter von einst werden gezielt auf die selbe Stufe wie die Opfer des Nationalsozialismus gestellt

und gleichsam die vermeintliche Gräueltat der Sowjets, nämlich angeblich unschuldige Deutsche in ein Lager zu sperren und zu ermorden, im kollektiven Gedenken hervorzuheben versucht.“<sup>4</sup>

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen, als die bereits erwähnte historische Wahrheit, dass das Sterben im Speziallager eine durch die sowjetische Militäradministration billigend in Kauf genommene Folge der humanitären Gesamtsituation in der UdSSR und der SBZ war und kein Mord. Die Stadt Suhl betreibt in ihrer Erinnerungspolitik seit Jahren NS-Verharmlosung und Geschichtsklitterung und zeichnet dabei nicht nur ein Geschichtsbild der 50er Jahre, wie Knigge das kritisiert. Dieses Geschichtsbild ist – nicht erst mit der Errichtung des Gedenksteins – Teil des städtischen Gedenkens geworden.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> In Gänze nachzulesen unter: <http://www.agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=850>

<sup>5</sup> Eine ausführliche Auseinandersetzung zur Kritik deutscher Gedenkpolitik ist in der Broschüre zur Kampagne „Volkstrauertag abschaffen! Für das Ende von NS-Verharmlosung, Naziaufmärschen und deutschen Opfermythen!“ aus dem Jahr 2015 zu finden: [www.volkstrauertag-abschaffen.tk](http://www.volkstrauertag-abschaffen.tk)



Eingebettet ist der Gedenkstein in die Anlage für die Opfer der Weltkriege und der „Vertriebenen“:

## ZUR SELBSTAUFGABE EINES ALTERNATIVEN ZENTRUMS IN SUHL – DOKUMENTATION DES STATEMENTS DER EX-SUPPORTER

**I**N AUSGABE 6 UNSERER ZEITSCHRIFT BERICHTETEN WIR über die Bemühungen des Grünen Hauses in Suhl einerseits die finanzielle Schieflage des Projekts zu beheben und andererseits die politischen Altlasten der letzten Jahre zu entsorgen und sich von der Grauzone, die eine zeitlang im Haus ein- und ausging, zu verabschieden. Unterstützt wurde das Projekt dabei von antifaschistischen Gruppen und Initiativen. Letztere gerieten aber in den letzten Monaten des Jahres 2016 zunehmend in die Defensive und im Haus drohte sich der alte Trott und das alte Milieu durchzusetzen. In diesem Zuge erwirkten die antifaschistischen Kräfte im Haus einen Mitgliederentscheid und unterlagen. Die Mitglieder Mehrheit sprach sich für die Öffnung des Hauses für rechtsoffene Milieus aus. Wir dokumentieren hier das Statement der antifaschistischen Minderheit, die sich darauf aus dem Projekt zurückzog.

### *Statement zur Mitgliederversammlung des Grünen Haus' Suhl am 11. November 2016*

**A**M 11. NOVEMBER 2016 FAND im Grünen Haus in Suhl eine Mitgliederversammlung des dort ansässigen und gleichnamigen Vereins statt. Der Verein kam zusammen, um über die „Grauzone“ abzustimmen, wie mit dieser in Zukunft umgegangen werde und wie es mit dem einzigen Hausprojekt in Südthüringen weiter gehen soll. Die Abstimmung wurde durch Einzelpersonen, Thüringenpunk, der KüfA Suhl und der Antifa Suhl/Zella-Mehlis im Vorfeld gefordert, da es zum Sommerfest am 3. September 2016 Probleme am Einlass gab. In der Abstimmung sprach man sich mit knapper Mehrheit zur Toleranz gegenüber der Grauzone aus. Wir möchten uns dazu positionieren und Stellung nehmen.

### *Eine Chronologie*

**I**M FRÜHSOMMER 2015 STARTETE wegen der katastrophal schlechten finanziellen Lage des Vereins eine Kampagne, die von uns mit getragen wurde. Die „Rettet das Haus“-Kampagne organisierte eine Vielzahl von Soli-Konzerten und Veranstaltungen. Es gründete sich zu dieser Zeit auch die KüfA Suhl, um bei Veranstaltungen durch Essen Spenden für das Haus zu sammeln. Immer wieder wurde in Publikationen, u.a. in der Alerta Südthüringen #6, auf die Wichtigkeit des Erhalts eines der letzten verbliebenen subkulturellen Zentren in Südthüringen verwiesen.

Im August fand im Haus wieder ein Soli-Konzert statt. Am Vorabend des Konzerts wurden durch bereits angereiste Bandmitglieder CDs

von Nazi- und Grauzonebands (u.a. Kategorie C, Freiwild, Krawallbrüder) hinter der Bar des Hauses gefunden. Zum Konzert erhielt ein bekennter Neonazi Zutritt in das Haus und ein Problem wurde sichtbar, was schon lange besteht. Der freundschaftliche Umgang mit der Grauzone und Neonazis. Bei einer Mitgliederversammlung wurde ein lebenslanges Hausverbot für den Neonazi ausgesprochen und die CDs fanden ihren Platz, wo sie hingehören – im Mülleimer. Im Selbstverständnis des Hauses nach der Mitgliederversammlung heißt es hierzu: „Wir sind ein alternativer Raum und kein Grauzone- oder Nazi-schuppen!“. Die Antifa Suhl/Zella-Mehlis nahm ebenfalls Stellung zu diesem Vorfall. Das Problem schien eine positive Entwicklung zu nehmen und die Mitarbeit am Hausprojekt wurde intensiviert.

In Rauenstein veranstalteten am 14. November 2015 Einzelpersonen ein Soli-Konzert, mit welchem das Grüne Haus unterstützt werden konnte. Neue Mitglieder wurden gewonnen und die finanzielle Lage stabilisierte sich auch durch weitere Geldspenden. Am 19. März 2016 feierte Thüringenpunk sein dreijähriges Bestehen im Haus, wo es u.a. auch einen Vortrag zum Thema „Grauzone“ gab. Doch Vereinsmitglieder waren leider nur wenige unter den Teilnehmenden. Zum Sommerfest am 3. September 2016 gipfelte das Problem erneut. Der Einlass wurde diesmal durch langjährige Vereinsmitglieder übernommen. Mehrere Vereinsmitglieder erschienen provokativ mit Krawallbrüder-Shirts und erhielten Zutritt zum Konzert. Einer der Mitglieder pöbelte am Einlass Konzertteilnehmende an und zerriss dort auch die Ausschlussklausel für ‚Rechtsextreme‘. Im Laufe des Abends erschien auch eine Besucherin, die

bei ThüGIDA-Demonstrationen teilnahm. Ein Eingreifen durch Teile des Vorstands oder der Hauscrew fand nicht statt, gleichwohl das Ganze von einigen Besuchern problematisiert wurde. Der Abend offenbarte, dass das geklärt geglaubte Problem mit der Grauzone weiter existiert. Deshalb wurde am 11. November eine Mitgliederversammlung einberufen, um über den Umgang mit der Grauzone abzustimmen. Das Ergebnis, auch Leuten Zutritt zum Haus zu gewähren, die sich klar einer Grauzone zuordnen lassen, wo es sich nicht gar um bekennende Nazis handelt, lässt für uns keinen Handlungsspielraum.

### *Nicht mit uns!*

EINE WEITERE ZUSAMMENARBEIT unter diesen Umständen mit dem Verein ist für uns nicht tragbar. Nicht nur die Grauzone ist das Problem. Immer wieder werden Vereinsmitglieder mit stadtbekanntem Neonazis im Stadtzentrum angetroffen. Es kam zu verbalen Auseinandersetzungen mit teils sexistischen Äußerungen bei Mitgliederversammlungen und Konzerten.

Die Konzerte leben von ihrem Publikum, der Verein von seinen Mitgliedern. Unter den aktuellen Gegebenheiten sehen wir derzeit keine

Basis mehr für eine gemeinsame Arbeit. Es liegt an jedem selbst, Konsequenzen aus der Situation vor Ort zu ziehen. Unsere Konsequenz ist es, dass wir im Haus keine Möglichkeit sehen, gewisse Standards im Umgang mit Grauzone und Neonazis oder gar eine emanzipatorische Politik durchzusetzen. Die anfängliche Hoffnung, nachhaltig etwas im Grünen Haus Suhl verändern zu können, betrachten wir nach den eineinhalb Jahren als gescheitert.

Besonderer Dank geht an alle Bands, die uns in dieser Zeit vertraut und unterstützt haben. Alle Bands und Gruppen, die in diesem Zeitraum das Haus nutzten, taten es in dem Wissen und dem Willen der Unterstützung für eine positive Entwicklung und Stärkung der antifaschistischen Strukturen vor Ort. In Zukunft liegt es an jedem selbst sich ein Bild zu machen oder nicht.

### *Wir sind raus.*

Antifa Suhl/Zella-Mehlis  
KüfA Suhl  
LFWP Suhl (Konzertgruppe)  
Thüringenpunk  
southside kollektiv  
Einzelpersonen

## DAS AK40 IN SUHL – EIN NEUES PROJEKT SÜDLICH DES RENNSTEIGS

SEIT FEBRUAR 2017 BESTEHT EIN NEUES LINKES UND ANTIFASCHISTISCHES PROJEKT IN SUHL, das AK40, nachdem sich Ende des Jahres 2016 verschiedene linke Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen aus dem ‚Grünen Haus Suhl‘ aus genannten Gründen zurückgezogen hatten.

Das AK40 befindet sich in der Lauter 40 in Suhl, etwas außerhalb des Stadtzentrums. Wie es in Suhl üblich ist und nicht anders zu erwarten, handelt es sich bei dem Gebäude um eine ehemalige Waffenschmiede in der u.a. Jagd – und Sportwaffen gefertigt wurden. Das eigentliche Projekt umfasst eine Etage. Dort konnte ein Ort und Raum für Vorträge, Workshops, KüfAs, Konzerte und Veranstaltungen geschaffen werden, wo Nazis, Rassisten, „besorgte Bürger“, andere Arschlöcher und eben jene Grauzone keinen Zutritt erhalten. Das Projekt selber ist noch in der Anfangsphase und sucht materielle, sowie ideelle Unterstützung. Weitere Informationen findet ihr auf der Homepage. Wenn ihr das Projekt unterstützen wollt, meldet euch einfach per E-Mail an [ak40@riseup.net](mailto:ak40@riseup.net).



AK40 | LAUTER 40 | 98528 SUHL | [AK40.BLOGSPORT.DE](http://AK40.BLOGSPORT.DE) | [FB.ME/AK40SUHL](https://fb.me/AK40SUHL) | [AK40@RISEUP.NET](mailto:AK40@RISEUP.NET)

**I**N DER LETZTEN AUSGABE DIESER ZEITSCHRIFT HABEN WIR nach einem Dreiteiler über den antifaschistischen Widerstand in unserer Region während des nationalsozialistischen Terrors mit Dossiers über antifaschistische Widerstandskämpfer begonnen. Teil I haben wir dem Zella-Mehliser Antifaschist Nikolaus Pfaff gewidmet. In dieser Ausgabe geht es um den in Zella-Mehlis geborenen, aber später nach Ilmenau gezogenen Kommunist Karl Zink, den bekanntesten Vertreter einer der größten Widerstandsgruppen unserer Region.

**K**ARL ZINK WURDE AM 24. APRIL 1910 als ältester Sohn der Eheleute Anne und Gustav Zink in Zella-Mehlis geboren. 1917 zog die Familie nach Ilmenau, wo Karl Zink die Goetheschule besuchte, bis seine Eltern die Schulgebühren nicht mehr aufbringen konnten. Im Geschäft der Eltern begann Zink eine Lehre als Kaufmann und erlernte in der Werkstatt des Vaters das Handwerk des Büchsenmachers. Die Wirtschaftskrise des Jahres 1929 brachte dem Geschäft der Eltern den Ruin. 1931 trat Zink der KPD bei, war aktiv in der Roten Hilfe sowie im Arbeitersport. Zink organisierte sich seit Anfang der 30er Jahre gegen Faschismus und Krieg. Er verteilte illegale Flugschriften und organisierte eine Widerstandsgruppe, die später als Zink-Link-Gruppe als eine der

größten Widerstandsorganisationen in unserer Region in die Geschichte eingehen sollte. Laut Recherchen des Historikers Gerd Kaiser war Karl Zink neben Georg Link die zentrale Figur dieser bis nach Arnstadt und Gotha reichenden Widerstandsorganisation, in der annähernd 200 Menschen aktiv gewesen sein sollen.

Im Jahr 1935 wurde Karl Zink zum ersten Mal zusammen mit weiteren 15 Antifaschisten verhaftet und wegen Hochverrats und Mitgliedschaft in der KPD zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Zink durchlief mehrere Knäste und Konzentrationslager. Nach seiner Haft betätigte er sich wieder mit seiner Gruppe im Widerstand. Die Gruppe sammelte und verteilte Geld, um die illegale Arbeit und die Familien Verfolgter zu unterstützen. Nach den Erinnerungen von Georg Link verfasste die Gruppe Flugblätter, die sie zunächst in Höfen und an belebten Straßen ablegte. Später, als stabile Verbindungen durch Vertrauensleute in Betriebe geschaffen worden, verlagerte sich die Aufklärungsarbeit gegen Faschismus und Krieg dorthin. Zink gab in der Region Arnstadt-Ilmenau-Zella-Mehlis eine Folge regelmäßiger Flugschriften unter dem Namen „Antifa“ heraus.

Am 1. September 1939, dem Tag an dem die Wehrmacht mit ihrem Einmarsch in Polen den Zweiten Weltkrieg begann, wurde Karl Zink an seinem Arbeitsplatz in Ilmenau verhaftet und wenig später wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Am 5. September 1940 wurde Zink in Berlin-Plötzensee ermordet. Der Abschiedsbrief, den er kurz vor der Vollstreckung des Todesurteils an seine Mutter schrieb, ist das Dokument eines entschlossenen, ungebrochenen Kämpfers gegen die Barbarei. Die Überzeugung im Kampf für die richtige Sache zu fallen und die Empathie, mit der Zink in den letzten notierten Zeilen

Anzeige

**Mitglied werden & unterstützen!**



**VVN-BdA**  
**Thüringen**

<http://thueringen.vvn-bda.de>

seinen Lebens versuchte, Mutter und Bruder im Leben zu halten, treibt einem noch heute Schauer über den Rücken:

„Meine liebe Mutter, dieses sind also meine letzten Zeilen, die ich an Dich richte, meine letzten Grüße, mein letzter Wille. Wenn ich diese letzten Stunden meines Lebens stark bleibe, so deshalb, weil ich weiß, dass auch Dich dieser niederschmetternde Schlag nicht zu Boden schleudern wird. Weil ich weiß, dass Du all Deine Kräfte anspornen wirst, um Dich und unseren Walter zu erhalten. [...] Auch Vater opferte bereitwillig den letzten Groschen. [...] Er ist uns im Tod vorausgegangen, ich folge ihm. Er hat bis zum letzten Atemzug gekämpft. Auch ich werde es tun. Ich werde alles daransetzen, diese letzten Stunden als Mann durchzustehen, wenn mir die Gedanken an dich und unseren Walter das Ende auch nicht gerade leicht machen, denn ich weiß sehr wohl, dass sich jetzt wohl auch die letzten Bekannten von dir abwenden werden und Du allein stehst in der Welt. Aber gerade deshalb musst du mit Walter zusammenhalten und allen Stürmen Trotz bieten. [...] Als letztes rufe ich Dir zu, bleibe stolz und trage Deinen Kopf hoch bis zum letzten Atemzug, wie es auch unser Vater getan hat. [...] Bleibe gesund und erhalte unseren Walter, solange es geht. Dies ist mein letzter Wille. Mit dem Bewusstsein, dass Du ihn erfüllst, gehe ich in den Tod.“

Karl Zinks letzte Hoffnung, dass es der Mutter gelänge, sich und den Bruder Walter Zink am Leben zu erhalten, blieb unerfüllt. Walter Zink überlebte den NS-Terror nicht. Er wurde als Mitwisser und weil er sich weigerte, seinen Bruder zu verraten, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, saß im Knast Untermaßfeld, im KZ Flossenbürg und sollte schließlich nach Bergen-Belsen verbracht werden. Auf dem Weg nach Bergen-Belsen verliert sich Walters Spur. Er starb unter unbekanntem Umständen in der Gewalt der Faschisten. Die Mutter Anna Zink überlebte die nationalsozialistische Barbarei, aber war nach dem Tod ihrer Söhne eine gebrochene Frau.

Neben Karl und Walter Zink überlebten auch andere Mitglieder der Widerstandsgruppe die

NS-Herrschaft nicht. Kurt Rauch aus Stützerbach wurde in Buchenwald ermordet. Arno Geißler aus Ilmenau durchlief neben anderen KZ's auch Buchenwald und starb 1950 an den Spätfolgen der ihm dort zugefügten Misshandlungen. Andere Mitglieder überlebten trotz mehrjähriger Haft und Folter die Gefangenschaft, etwa Max Kessel aus Goldlauter, Georg Link aus Manebach, Fritz Schörnig aus Arnstadt und andere.

Heute erinnern an Karl Zink und seine Familie Stolpersteine in der Ilmenauer Pfortenstraße 21, dem einstmaligen Wohnhaus der Familie. Sowohl in Ilmenau als auch in Zella-Mehlis sind Straßen nach Zink benannt worden. In Ilmenau gibt es zudem eine nach Karl Zink benannte Grundschule und einen Gedenkstein, der an den Widerstandskämpfer gegen das nationalsozialistische Deutschland erinnern soll. Der Gedenkstein in der Karl-Zink-Straße 18 trägt die Widmung: „Karl Zink – Du gabst dein Leben, damit wir leben können“.



**I**N DER LETZTEN AUSGABE DER ALERTA SÜDTHÜRINGEN HABEN WIR BEGONNEN einen linksradikalen, ideologiekritisch-begründeten Antifaschismus in seinen Grundzügen zu skizzieren, indem wir über Erkenntnisse aus der Kritik der Warengesellschaft und ihrer Ideologie geschrieben haben. Jene Ideologie wird durch Ideologiekritik nicht als die gewollten Vorgaben, Dogmen oder Denkgebote einer herrschenden Klasse kritisiert, sondern als ein der falschen Gesellschaft angepasstes Denken, das die Betroffenen wie ihre Apologeten gerne als „gesunden Menschenverstand“ oder als eine wie weit auch immer degenериerte Form von „Vernunft“ missverstehen. Jedoch ist die Ideologie der Warengesellschaft alles andere als vernünftig oder gar gesund, sie ist, mit einer Wendung von Marx, notwendig falsches Bewusstsein.

**U**ND WAS SOLCHES NOTWENDIG FALSCHES BEWUSSTSEIN den Menschen verstellt, ist der Blick auf die Tatsache, dass sie für das wesentliche Bewegungsgesetz der Gesellschaft austauschbare und tendenziell - mit steigender Rationalisierung des Produktionsapparates – überflüssige Momente eines Ganzen sind, das nicht dazu da ist, ihre Bedürfnisse zu erfüllen oder sich von ihnen vernünftig einrichten zu lassen, sondern das sie bewusstlos verinnerlichend immer wieder reproduzieren, während es sie zu Objekten einer neuen Sklaverei macht. Das Wissen der Einzelnen um die Austauschbarkeit und Überflüssigkeit, so sehr es von falschem Schein des unerfüllten bürgerlichen Glücksversprechens übertüncht ist, ist nicht getilgt. Es bricht sich Bahn in der Angst im endlosen kapitalistischen Dynamisierungsprozess abgehängt zu werden, zu dem zu werden, was man tendenziell schon ist, aber nicht sein will: Objekt – Objekt von Staatsaktionen, von Armenfürsorge, Objekt des Arbeitsamtes oder der Polizei. Um sich nun vor der Einsicht in die eigene Überflüssigkeit zu schützen, haben sich für das Subjekt, das Subjekt bleiben will, ganz bestimmte Ideologien herausgebildet, mit denen es seiner Existenz Sinn gibt, sie aufwertet, indem sie andere abwertet. Diese Ideologien sind die des Rassismus und des Antisemitismus. Beide versteht der ideologiekritische Materialismus nicht als subjektive Verfehlungen vieler einzelner Irrläufer, denen mit Menschenrechten, Sozialarbeit und Erziehung kurzerhand abzuhelfen wäre. Der ideologiekritische Materialismus begreift sie als gesellschaftliche Verhältnisse, also als Produkte der materiellen gesellschaftlichen Ordnung, in denen sie entstehen und in denen sie eine wichtige Funktion zur Rechtfertigung und zum Erhalt jener Ordnung einnehmen.

### *Rassismus: Die Verlierer von sich fern halten*

**D**AS ALLTAGSVERSTÄNDNIS VON RASSISMUS besagt, dass der Rassist Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ganz einfach aufgrund äußerer Merkmale als minderwertig oder doch zumindest als andersartig, als fremd bewertet. Wovon das rassistische Bewusstsein im Alltagsverständnis sich abgrenzen will, ist ein durch bestimmte Merkmale (Physiognomie, „Kultur“, etc.) klassifiziertes Kollektiv, zu dem man das eigene ins Verhältnis setzen will – eine Definition, für die es keine fünf Minuten Wikipedia-Studium bedarf. Man könnte hierbei also von einem kulturellen Rassismus reden oder – viel treffender – von ordinärer Fremdenfeindlichkeit, der Verachtung gegen eine andersartig klassifizierte Kultur.

Die Existenz dieses Hasses in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen zu bestreiten, wäre abwegig. Vielmehr gilt festzuhalten, dass sich dieser Hass aufs Fremde als eine Projektionsleistung des rassistischen Subjekts entpuppt. So stellt sich bei näherer Analyse beispielsweise die vermeintliche Ungehemmtheit, Bindungslosigkeit und sexuelle Freizügigkeit, die der Rassist in den Roma projiziert, als Verdrängung bzw. projektive Abspaltung der eigenen Wünsche und Begierden heraus. Vielfach will der Rassist also am Ausländer exekutieren, was er an sich selbst nicht dulden kann, weil Moral und ökonomischer Zwang ihn daran hindern, weil er sich, um der Sicherheit willen, an das in dieser Reproduktionsordnung geltende Realitätsprinzip kettet. Oder in den Worten des Ideologiekritikers Gerhard Stapelfeldt kurz und bündig zusammengefasst: „Die Selbstunterdrückung vollendet sich in Fremd-Unterdrückung; die Selbst-Liquidierung durch Anpassung an herrschende Mächte vollendet sich

in Liquidierung des Fremden.“ Die rassistische Angst vor fremden Sitten und Gebräuchen ist vielfach nichts anderes als die verdrängte Sehnsucht danach bzw. nach dem, was man sich darunter vorstellen will. Denn zumeist entspricht die rassistische Projektion keiner Struktur in der Wirklichkeit. Der Rassismus bedarf nicht einmal der Existenz von Menschen verschiedener Hautfarben oder Religionen, sondern spiegelt nur das aktuelle gesellschaftliche Verhältnis wider. Das zeitgemäße Paradebeispiel liefern die Rassisten-aufmärsche der vergangenen Jahre, die sich gegen eine vermeintliche Islamisierung richteten. Sie waren gerade dort am stärksten vertreten, wo der Anteil der muslimischen Bevölkerung verschwindend gering ist: in Ostdeutschland. Dabei betreiben die Islamhater von PEGIDA und AfD alles andere als die durchaus notwendige, aber von diesen Leuten gar nicht zu leistende, Kritik am politischen Islam. Sie motiviert eine Mischung aus ordinärer Fremdenfeindlichkeit und Neid auf die Kopfabscneider des Propheten, die sie um ihre Todessehnsucht, Entschlossenheit, Schlagkraft und das Bekenntnis zur Tradition beneiden.

Als Widerspiegelung des aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisses bzw. als dessen Rechtfertigung ist die dargestellte ordinäre Fremdenfeindlichkeit keineswegs die wesentliche Erscheinungsform des Rassismus, sondern möglicherweise nur ein Oberflächenphänomen der eigentlichen rassistischen Triebfeder. Der Rassismus der Mehrheitsgesellschaft, der heute eng mit Namen wie Thilo Sarrazin verknüpft ist, hasst an den Migranten weniger das, was sie von den Einheimischen unterscheidet und was man als multikulturelle Folklore im Zirkus oder als „südeuropäisches Temperament“ im Bordell gerne bereit ist zu tolerieren, sondern jener Mehrheitsrassismus hasst vor allem das an den Ausländern, was diese mit ihm gemeinsam haben. Wolfgang Pohrt brachte das in einem Essay von 1986 auf den Punkt:

„Zum Ärgernis werden sie [die Ausländer] also nicht durch die Fremdheit ihrer besonderen Kultur, sondern dadurch, daß sie wie die Einheimischen Arbeitsplätze und Wohnungen brauchen, daß sie sich einen Mercedes kaufen, in die Disco gehen und die Kaufhäuser bevölkern. Gehäßt an

den Ausländern wird nicht ihre Andersartigkeit, sondern ihre Ähnlichkeit mit den Einheimischen, die sich unvermeidlicherweise aus der Tatsache ergibt, daß sie am selben Ort und unter den selben Bedingungen wie die Einheimischen leben. Vergeblich sind deshalb alle Versuche, durch multinationale folkloristische Beschnupperungsfeste bei den Einheimischen Sympathie für die Ausländer zu wecken, denn Sympathie für deren Folklore war ohnehin schon vorhanden. Vergeblich sind deshalb alle Versuche, um Verständnis bei den Einheimischen für die fremde Kultur zu werben, denn gerade weil die Ausländer keine unbegreiflichen exotischen Menschenfresser sind, die auf Jahrmärkten hergezeigt werden, kann man sie nicht leiden. Gerade weil sie so wenig fremd sind, weil sie mit den bundesrepublikanischen Verhältnissen so wenig Probleme haben, daß sie im Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze und Wohnungen mithalten können, werden sie gehäßt. Das Gerede von den verschiedenen Kulturen [...] dient dazu, der Feindschaft gegen Ausländer edle Motive nachzusagen, während es in Wahrheit dafür nur einen niederen Beweggrund gibt, nämlich den blanken Futterneid.“

Dieser Rassismus, in dem sich eben der gesellschaftliche Verdrängungswettbewerb und das Konkurrenzverhältnis ausspricht, in das die Menschen durch das Kapitalverhältnis getrieben werden, ist eben ein ökonomisch-bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis. Der Rassist fürchtet den Ausländer als Konkurrenten um die im Kapitalismus künstlich verknäpften Zugänge zum Wohlstand und er erhofft sich Solidarität – in Wahrheit nur ein Verfallsprodukt einer solchen – in einer Gemeinschaft, die ihn bloß aufgrund des Zufalls seiner Geburt schützt; ihn schützt, weil seine Eltern zufällig auch Deutsche waren und sich die Deutschen im globalen Wettbewerb zur Seite stehen sollten. Der Rassist erkennt das Problem nicht im Kapitalverhältnis, das man gemeinsam mit den Ausländern abschaffen könnte, sondern er erkennt es im Ausländer, den er im Zweifel wegen des herrschenden Kapitalverhältnis und freilich ohne das Wissen darum abschaffen würde. In solcher Verkennung besteht das falsche Be-

wusstsein des Rassismus und als solches ist es in der bürgerlichen Gesellschaft nahezu Common Sense. Der ehemalige Ministerpräsident Bayerns, Günther Beckstein, brachte es im Jahr 2000 in einem Interview mit der der Liberalen-Illustrierten Focus auf den programmatischen Satz: „Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen.“ In diesem Satz bündelt sich die Realität des ökonomischen Rassismus: Fachkräfte und Investoren – ja; Flüchtlinge und Verfolgte – nein. Solcher Rassismus verkennet, dass der Hunger und die u.a. daraus resultierenden Verteilungskämpfe und die Fluchtbewegung aus der dritten ein Produkt der ersten Welt und ihrer sich weltweit durchsetzenden Produktionsweise sind und dass wer wirklich den Hunger abschaffen will, das System abschaffen muss, das für den Hunger sorgt, den Kapitalismus. Ganz ähnlich verhält es sich mit den Ursachen der Fluchtbewegung, die durch islamistischen und/oder autokratischen Terror ausgelöst wurde. Auch diese Bewegungen sind nichts, woran der globale Kapitalismus und seine Verfallsformen unbeteiligt wären. Ganz im Gegenteil, ist der Islamismus ähnlich wie übrigens auch der Faschismus nur zu verstehen als autoritärer Ausweg aus der globalen Krise des Kapitalismus.

Seine Notwendigkeit hat das falsche Bewusstsein des Rassismus in seinem Ursprung, der politökonomischen Struktur der Gesellschaft und ihrer Subjekte. Diese generieren ihre Identität durch die Teilhabe am System, die Möglichkeit ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen. Der Rassismus des bürgerlichen Subjekts kommt dann zur Geltung, wenn diese Teilhabe etwa durch steigende Arbeitslosenzahlen ins Stocken zu geraten droht. In solchen Krisen wird das bürgerliche Subjekt seiner eigenen Überflüssigkeit für ein System gewahr, in dem es seine Identität konstituiert und das sich seiner Subjektivität aufgeprägt hat. Gerhard Stapelfeldt bringt diesen Sachverhalt auf den Punkt:

„Arbeitslosigkeit [bedeutet] einen starken Verlust des Selbst-Wertes, weil das Selbst seinen Wert in der Heteronomie der entfremdeten Arbeit, nicht in sich selbst besitzt. Aus dieser Heteronomie resultiert endlich die Strategie der Anpassung an die

Entfremdung, umgekehrt: der Ausgrenzung Fremder, die jenem Zwang scheinbar nicht unterworfen sind.“

Aus der Angst vor der eigenen Entwertung, vor dem Abgehängtwerden im gesellschaftlichen Prozess, speist sich der Rassismus und der als „Untermensch“ stilisierte verkörpert eben jene Folgen, die eine nun drohende Niederlage in der kapitalistischen Konkurrenz mit sich bringt. Deshalb versucht der Rassist die Schwarzen, die Flüchtlinge oder Ausländer von sich fern zu halten, weil sie vermeintlich seine eigene Existenz bedrohen und ihm die drohende Niederlage in der unverstandenen bzw. als Naturverhältnis missverstandenen Produktionsordnung vor Augen führen. Sie stellen sich ihm als „minderwertige“ dar, weil sie nicht zur Verwertung gebraucht werden.

Um also das Problem des Rassismus noch einmal zuzuspitzen: Der Rassist verachtet den Schwarzen, weil er in ihn das projiziert, was von seiner eigenen Charaktermaske, seines sich in seiner gesellschaftlichen Funktion erschöpfenden Selbst, nach Abzug ihrer Verwertbarkeit übrig bleibt: krude Natur. Das gesellschaftliche Verhältnis des Rassismus ist also zusammenfassend zu bestimmen als ein dieser Gesellschaftsordnung notwendig innewohnender Mechanismus, der den modernen Lohnsklaven bei der Stange hält und verdeckt, dass man mit dem, den man da aktiv oder passiv verfolgt, ziemlich viel gemeinsam hat und dass ein gemeinsamer solidarischer Kampf gegen die herrschende Ordnung dem Menschsein viel näher käme als die projektive Abwehr im Rassismus, die nur darauf abzielen kann, das Elend auf Dauer zu stellen.

### *Antisemitismus: Liquidation des Nichtidentischen*

**D**EN ANTISEMITISMUS ALS EINEN SPEZIFISCHEN RASSISMUS ZU VERSTEHEN, der sich eben gegen die Juden richtet, greift zu kurz. Auch wenn nicht gelegnet werden kann, dass es durchaus rassistisch begründeten Antisemitismus gegeben hat, ist diese Begründung keine für den modernen Antisemitismus wesentliche. Die Juden, das haben Adorno und Horkheimer dargelegt, sind in der Ideologie der Faschisten nicht als weitere Rasse wie jene zu verstehen, die die dargestellte

Integration des gesellschaftlich-produziert überfälligen Subjekts leisten sollen, sondern sie sind die Gegenrasse:

„Für die Faschisten sind die Juden nicht eine Minorität, sondern die Gegenrasse, das negative Prinzip als solches; von ihrer Ausrottung soll das Glück der Welt abhängen. [...] Die Juden sind heute die Gruppe, die praktisch wie theoretisch den Vernichtungswillen auf sich zieht, den die falsche gesellschaftliche Ordnung aus sich heraus produziert. [...] Während es der Herrschaft ökonomisch nicht mehr bedürfte, werden die Juden als deren absolutes Objekt bestimmt, mit dem bloß noch verfahren werden soll. Den Arbeitern, auf die es zuletzt freilich abgesehen ist, sagt es aus guten Gründen keiner ins Gesicht; die Neger will man dort halten, wo sie hingehören, von den Juden aber soll die Erde gereinigt werden, und im Herzen aller prospektiven Faschisten aller Länder findet der Ruf, sie wie Ungeziefer zu vertilgen, Wiederhall. Im Bild des Juden, das die Völkischen vor der Welt aufrichten, drücken sie ihr eigenes Wesen aus. Ihr Gelüste ist ausschließlicher Besitz, Aneignung, Macht ohne Grenzen, um jeden Preis.“

Was sich in den Eigenschaften, die die Antisemiten den Juden quasi als „Übermenschen“ zuschreiben (enorme Macht, Gerissenheit, Subversion, sippenhafter Zusammenhalt, etc.) und denen, wie beim Rassismus, keine tatsächliche Struktur in der Realität entspricht, ausspricht, ist doch etwas Wirkliches, nämlich die Projektion der Antisemiten: „Im Bild des Juden, das die Völkischen vor der Welt aufrichten, drücken sie ihr eigenes Wesen aus.“ Die Juden mussten eben das ganz andere zur deutschen Volksgemeinschaft verkörpern, an ihnen definierten die Deutschen in ihren Nürnberger Rassegesetzen quasi ex negativo, was deutsch ist. Und dieses Abgespaltene, was die Juden verkörpern mussten und was mit ihnen vernichtet werden sollte, entlarvte sich in der Politik der Nazis als ein Verdrängtes und insgeheim Gewünschtes. Welches verfolgt die Nazis am Ende jene Weltherrschaftspläne, die sie den Juden nachsagten.

Im Gegensatz zum Rassismus ist der Antisemitismus also alles andere als eine unkonkrete

Abneigung gegen das Fremde, sondern die spezifische Furcht vor jener Gegenrasse, die das Unverständliche, Geheimnisvolle, kurz: das Abstrakte kapitalistischer Vergesellschaftungsdynamik zu verkörpern hatte, also jenen gesellschaftlichen Bereich an dem der Waren- und Geldfetisch sein Geheimnis hat, die Zirkulationssphäre. Gerade jener Bereich, der zwischen Produktion und Konsumtion tritt und über den die Austauschbeziehungen geregelt werden, wird mit den Juden assoziiert. Und hierin sucht der Antisemit die Negativfolgen der herrschenden Vergesellschaftungsweise und jene, die für sie Verantwortung tragen sollen.

Der moderne Antisemitismus kommt heute weitgehend ohne die Juden als unmittelbares Feindbild aus, genauso wie es kaum noch Menschen gibt, die sich als Antisemiten bezeichnen würden. Der latente Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaft besteht weiter, er musste sich nach Auschwitz neue Formen suchen, aber als gesellschaftliches Verhältnis verschwindet er erst mit der Gesellschaft, die ihn hervorbringt.

Heutige Formen des Antisemitismus nach Auschwitz, die mit subtilerer Judenfeindschaft hantieren, bezeichnet man als sekundären Antisemitismus. Beispiele wären die Relativierung der NS-Verbrechen durch den Vergleich mit anderen Genoziden oder den Verbrechen des Stalinismus, der Vorwurf, die Juden betrieben mit der Opferrolle eine Art „Holocaust-Industrie“, mit der man sich weltweit Vorteile verschaffe oder etwa der Schuldabwehr-Antisemitismus, der dem jüdischen Staat Israel gewissermaßen die Verteidigung gegen seine Feinde zur Last legt und am Umgang Israels mit seinen Gegnern mittels NS-Vergleichen nazistische Methodiken aufzudecken meint. Dieser Schuldabwehr-Antisemitismus speist sich aus Gefühlen der Scham und der namensgebenden Abwehr des Eingeständnisses der Schuld der eigenen Nation an den begangenen Verbrechen, mit der man sich trotz derer so gerne identifizieren möchte und die ja am Ende so schlimm nicht sein können, wenn Israel sie unablässig an den Palästinensern wiederholt. Hier geht der Schuldabwehr-Antisemitismus nahtlos über in seine heute bedrohlichste Gestalt für die Existenz des jüdischen Staates und seiner Bewohner: den Antizionismus. Der Wunsch nach

Vernichtung des jüdischen Staates beseelt nicht nur deutsche Faschisten, sondern eine vom iranischen Regime und anderen Islamisten angeführte antizionistische Internationale, weshalb die Antifa Suhl/Zella-Mehlis an anderer Stelle völlig zutreffend resümierte: „Die Solidarität mit Israel, mit dem Staatszweck des Zionismus, ist deswegen für Antifaschisten das Gebot der Stunde, ganz egal welche Regierung in Tel Aviv die Geschicke des Landes bestimmt.“<sup>1</sup>

Eine weitere, mehr noch als die zuvor genannten, auch in der politischen Linken grassierende Form des Antisemitismus ist der strukturelle Antisemitismus. Er macht sich an diversen Ausprägungen der auch von vermeintlichen Linken vertretenen Banken-Kritik bemerkbar und wird, aufgrund seiner Ähnlichkeit zur bereits angesprochenen antisemitischen Argumentationsweise, die den Juden die Schuld an den Verfehlungen des undurchschauten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nachsagen will und in ihnen deren negative Folgen personalisieren will, als struktureller Antisemitismus bezeichnet. Zentral ist hier die Unterscheidung zwischen dem sogenannten produktiven Kapital der Arbeit und dem sogenannten raffenden Kapital des Wuchers bzw. dem Finanzkapital. Letzteres wird dabei gerne mit seinen Repräsentanten identifiziert, weswegen man in diesem Zusammenhang auch von personalisierter Kapitalismuskritik spricht. Verloren geht dabei die Einsicht, dass das eine (kapitalistische Produktion) nicht ohne das andere (Kredit) wäre. Für die populistische Kritik an Banken oder vermeintlich am Kapitalismus überhaupt bedeutet das, dass hier die komplexe kapitalistische Verwertungslogik zusammengekürzt und auf die Gier oder doch zumindest auf moralisch bedenkliches Handeln einzelner ökonomischer Akteure reduziert wird. Dabei trägt das verantwortungslose Handeln einzelner – das es durchaus geben mag, aber eben als Rolle in einem gesellschaftlichen Verhältnis, in dem zu Bestehen Verantwortungslosigkeit voraussetzt – kaum mehr zum Erhalt der den Hunger produzierenden Ordnung bei als der gemeine Student, der sich ausbilden lässt, oder der gemeine

Arbeiter, der arbeitet. Sie alle tragen innerhalb des Rahmens dieser Vergesellschaftungsweise als Funktionsträger, Marx nannte es Charaktermasken, ihren Anteil am Fortbestehen dieser Ordnung, die einfach nicht menschenfreundlich, nicht vernünftig und nicht domestizierbar ist, aber eines ganz sicher: nämlich innerhalb ihrer Gesetzmäßigkeiten, ihrer formalen Bestimmtheit logisch bzw. zwingend.

So liegt der Ursprung antisemitischen Denkens, wie der des rassistischen, in der bürgerlichen Subjektivität selbst, die sich, so Joachim Bruhn, „als Selbstbewusstsein der Ware und daher im Kampf um die Realisierung ihres Werts“ konstituiert, also in der Unterordnung unter ein undurchschautes, wie entmündigendes Verhältnis. Wenn die Identität des Bürgers nicht an sich selbst besteht, sondern an das reibungslose Funktionieren des Marktes und die Abgrenzung von Anderen geknüpft ist, dann bedeutet jede Krise der Marktwirtschaft den möglichen Identitätsverlust; mit jeder Krise kommt die panische Angst vor der Entwertung zum Durchbruch. In dieser Krisen-induzierten Panik drohenden Identitätsverlustes fahndet das Subjekt, das Subjekt bleiben will, nach etwas, das die Implosion bürgerlicher Subjektivität noch aufhalten kann. Und an diesem Punkt verschafft sich der zuvor latente Antisemitismus in der Wirklichkeit manifest Geltung, indem mit der Vernichtung der Juden, das an sich nichtige, weil auf seine gesellschaftliche Funktion reduzierte und deswegen objektiv überflüssige, Selbst kuriert werden soll. Die Gemeinschaft der qua Blut- und Bodenideologie Gleichen flüchtet in die Vorwärtsverteidigung und zieht „die letzte Konsequenz aus der bürgerlichen Gleichheit durch kapitalistische Vergleichung“ (Bruhn), die, so Adorno, in der formalen Freiheit der bürgerlichen Gesellschaft immer schon schwelte:

„Der Völkermord ist die absolute Integration, die überall sich vorbereitet, wo Menschen gleichgemacht werden [...], bis man sie, Abweichungen vom Begriff ihrer vollkommenen Nichtigkeit, buchstäblich austilgt. [...] Was die Sadisten im Lager ihren Opfern ansagten: morgen wirst du als Rauch aus diesem Schornstein in den Himmel dich

---

1 Vgl. Dokumentation des Flyers „Deutschland? Nie wieder!“ In: Alerta Südthüringen #4, Frühjahr 2015: S. 34ff.

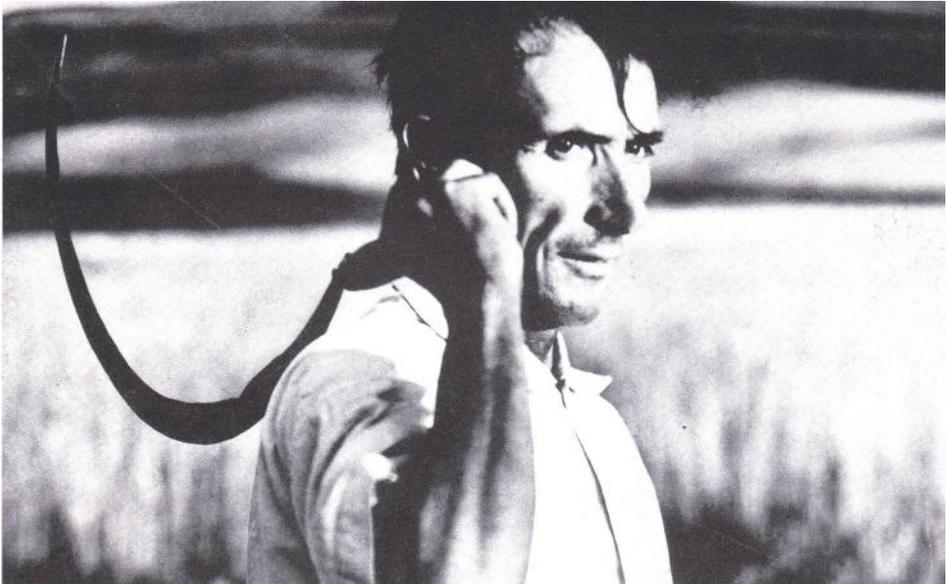
schlängeln, nennt die Gleichgültigkeit des Lebens jedes Einzelnen, auf welche Geschichte sie hinbewegt: schon in seiner formalen Freiheit ist er so fungibel und ersetzbar wie dann unter den Tritten der Liquidatoren.“

Hier bricht sich also Bahn, was Horkheimer und Adorno, als „Triumph der repressiven Egalität, die Entfaltung der Gleichheit des Rechts zum Unrecht durch die Gleichen“ bezeichneten: die nazistische Transformation der bürgerlichen Klasse in die germanische Rasse konkretisiert sich als Vernichtungswut gegen Über- und Unmensch.

Im gesellschaftlichen Verhältnis des Antisemitismus wie im Rassismus versucht sich also das politökonomisch konstituierte Subjekt von seiner gesellschaftlich-produzierten Überflüssigkeit zu befreien, ohne diese zu begreifen und ohne sie aufheben zu können. Vielmehr sind Antisemitismus wie Rassismus Teil des Rechtfertigungskosmos der bestehenden Ordnung selbst durch dessen Krise hindurch. Sie helfen, die kapitalistische Herrschaft bis zu ihrer falschen Aufhebung zu reproduzieren, ohne an ihrer Widersprüchlichkeit zu verzweifeln. Sie sind, auch das wird in der Analyse als gesellschaftliche Verhältnisse klar, aus dieser Gesellschaftsordnung nicht wegzudenken. Sie sind auch nicht durch Erwachsenenbildung, Menschenrechte oder Sozialarbeit zu beseitigen,

sondern nur mit der Ordnung, die sie notwendig hervorbringt und für deren Beseitigung es unzählige gute Gründe gibt. Deswegen geht es Antifa nicht um schärfere Gesetze oder eine bessere Politik. Politik, insbesondere das was in dieser Gesellschaft oft darunter verstanden wird, etwa Parteipolitik, hat als Referenzpunkt immer den Staat und das Recht. Aber Staat und Recht sind keine Institutionen, mit denen sich grundlegende gesellschaftliche Verhältnisse reformieren bzw. ändern lassen, sie sind vielmehr selber bloß der Ausdruck solcher Verhältnisse. Was daher einer radikalen Linken viel näher käme, wäre die Entwicklung eines Konzepts von Anti-Politik, eine Kritik der Politik, des Staats und des Rechts als Institutionen der gesellschaftlichen Menschenfeindlichkeit.

Dass aber nun ein Programm der Abschaffung, der Aufhebung der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise, also der Kommunismus, nicht so einfach werden wird, weil ausgerechnet in Zeiten der Krise der Kapitalakkumulation nicht die kommunistische Revolution das den Menschen Nabeliegendste ist, ist angesichts des Zustandes der Welt offensichtlich. Über die vielfältigen Gründe dieses Dilemmas und über die Frage der Praxis – Was tun? – kommen wir in der folgenden Ausgabe der Alerta Südthüringen in unserem dritten Teil der „Was heißt Antifa?“-Reihe zu sprechen.



*Ärmel hochkrepeln für praktische Gesellschaftskritik*

## ZUM SACHGEMÄSSEN UMGANG MIT PFEFFERSPRAY

AM 31. MÄRZ 2017 DEMONSTRIERTE DER WANDERZIRKUS VON THÜGIDA durch Sonneberg. Eigentlich ist das mittlerweile keine große Meldung mehr wert, wenn rund 70 Sonneberger Crystal-Meth-Konsumenten um das Greizer und Leipziger Schreihsduo Ernie und Kurth herum gegen Flüchtlinge hetzt. Doch für die großen Meldungen sorgte an diesem Tag eine ganz andere Kameradschaft. Die größte bewaffnete Straßengang Thüringens, im Jargon der Straße oft als ‚Bullenschweine‘ betitelt, war nicht begeistert, dass einige entschlossene Antifaschisten den Start in das Wochenende der Beamten verzögern wollten. Nach einer Zwischenkundgebung der Nazis gelang es rund 15-20 Antifaschisten den Polizeieinsatz als konzeptlos zu demaskieren, aus einer ungesicherten Seitenstraße zu kommen und die Nazidemo in Form einer Sitzblockade vor den Augen der sichtlich verwirrten Rind-Schwein-Kreuzungen in Uniform zu stoppen. Doch die Verwirrung schlug schnell in rasende Wut um. Die Sitzblockade wurde von den herbeieilenden Cops umstellt. Ohne Vorwarnung begann der erste Beamte mit seinem Pfefferspray die Sitzblockade einzunebeln. Es folgte ein zweiter Beamter, der sein Pfeffer einsetzte, schließlich waren die höchstwahrscheinlich nichts mehr sehenden Antifaschisten nicht einfach aufgestanden und haben die Straße geräumt. Selbst die zweite Ladung genügte nicht, es musste ein dritter Pfefferspray-Löcher eingesetzt werden. Glücklicherweise konnte die Sitzblockade nach drei leeren Pfeffersprays endlich geräumt werden. Wäre eine Räumung der Straße für die Nazis dann nicht möglich gewesen, wer weiß, hätte es vielleicht nur noch durch den Schusswaffengebrauch geschafft werden können. Die Nazis hätten ihren Kollegen sicherlich anerkennend ein Bier beim nächsten Stammtischabend ausgegeben.



Held der Polizeiarbeit – von Tommy Frenck zum „Thüringer des Jahres“ vorgeschlagen

Nur doof für die Beamten, dass sie eben nicht ganz so alleine waren, wie sie im ersten Moment ihres Blutausches vielleicht annahmen. Der aufmerksame Journalist Lionel C. Bendtner dokumentierte den Gewaltexzess mit mehreren Bildern. Die Fotos verbreiteten sich schnell im Internet. Darauf ist deutlich zu erkennen, wie die Cops ohne jegliche Vorwarnung und Verhältnismäßigkeit gegen die Antifaschisten vorgingen. Sogar bundesweit sorgte der Fall für Aufmerksamkeit, der Landtag schaltete sich ein und selbst Bodo Ramelow – sonst ein Freund des Polizeistaates, wenn es wie in Bornhagen 2016 gegen linksradikale Antifaschisten geht – regte eine Untersuchung des Vorfalls an. Die internen Ermittlungen laufen, einige der Betroffenen haben Anzeige gegen die Beamten erstattet.

Da mittlerweile, wie schon im Fall des Nazistickers auf einem Polizeiknüppel 2015 in Gotha, jeder Dorfsheriff, Polizistensohn, Nachbarschaftsrambo und andere Freunde des starken Staates einen Zugang zum Internet, sowie sozialen Netzwerken haben, quillten die Kommentarspalten von MDR und Co. nur so über vor verrückten Theorien, Anschuldigungen und Rechtfertigungen. Die zehn dümmsten Kommentare möchten wir euch nicht vorenthalten, auch wenn es wirklich schwer war, sich auf diese zehn Kommentare zu beschränken. Hier unsere Top 10 (Fehler im Original):

### 10. RALF MEIER, KOMMENTAR BEIM MDR

„Selbstverständlich ist ‚Bestrafung‘ nicht Sache der Polizei. Das wäre genauso Selbstjustiz wie der Anspruch der Blockierer, anderen das Demonstrationsrecht nehmen zu können, weil man meint, die hätten kein Recht darauf. Auch für diese Blockierer gilt: wer demonstrieren darf und wer nicht, entscheiden die Gerichte.“

## 9. REINER S., KOMMENTAR BEI WELT.DE:

„.....inflationären Reizstoff-Einsatz rechtlich zu beschränken‘ so nimmt man nun der Polizei auch noch die letzten Mittel sich zu verteidigen bzw. ihrer Aufgabe nachzukommen. Diese wischi-waschi Politik muß aufhören und der Respekt gegenüber Polizisten gehört wieder eingeführt, denn der ist leider komplett flöten gegangen. Sitzblockaden sind ein legitimes Mittel, solange eine Demo nicht behindert wird und die Sicherheit gewährleistet ist. Inzwischen wissen aber wir alle, wie so ein Mittel heute eingesetzt wird, wie es ausgeht falls man sie auflösen will und deren Folgen.“

## 8. GÜNTHER 1952, KOMMENTAR BEI NEUES-DEUTSCHLAND.DE:

„Die jungen Leute tun mir leid. Sie scheinen mir aufgesetzt zu sein. Wie können sie zu der Meinung kommen, das sie mit einer Sitzblockade auf einer Straße irgendetwas ändern oder erreichen? Wer hat ihnen das erzählt? Wer hat ihnen erzählt, das ihr Kampf gegen rechts auf diese Art notwendig ist und so irgendeinen Sinn hat?“

## 7. RENE BROSIG, KOMMENTAR AUF TWITTER:

„Sitzblockade schränkt Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Auch wenn Wahl der Mittel unangemessen, bitte Täter nicht zum Opfer stilisieren“

## 6. MARTIN, KOMMENTAR AUF TWITTER:

„Mal gespannt... Wäre das die Bundeswehr würde es jetzt ordnen und Beförderungen regnen... Zeit zu zeigen, dass die Polizei besser ist.“

## 5. EMMY P., KOMMENTAR AUF TWITTER:

„Der linke Terrorismus gefährdet den inneren Frieden, dagegen müsste man noch viel massiver vorgehen. #niewiederRAF“

## 4. MAHATMA DJANGO, KOMMENTAR AUF TWITTER:

„ganz eindeutig angriff gegen einsatzkräfte und widerstand. die kollegen können es bezeugen und freuen sich schon auf die strafverschärfung!“

## 3. ANDREAS, KOMMENTAR AUF TWITTER:

„Aufklärung abwarten aber bitte keine pauschale Verurteilung der gesamten Polizei. Fehler passieren leider und können jedem unterlaufen.“

## 2. BIRGIT REPPENHAGEN, KOMMENTAR BEI FOCUS.DE:

„Angemeldete Demonstranten gegen den Islam (als deutsche Staatsform), werden blockiert von nicht Demokraten die den Islam hier haben wollen! Diese Antidemokraten blockieren die Straße, den Verkehr, und bleiben trotz Polizeieinsatz in ihrer Blockadehaltung! Was soll die Polizei tun? Ramelow herbestellen??“

## 1. CHRISTIAN HESS, KOMMENTAR AUF FACEBOOK:

„Ich gebe erfahrungsgemäß davon aus, dass der Einsatz von Zwangsmitteln ordnungsgemäß angekündigt wurde und die Kollegen rechtmäßig gehandelt haben. Und natürlich muss Pfefferspray direkt auf die Schleimbäute aufgebracht werden, sonst wäre der Beamte unfähig bzw. schlecht ausgebildet. Und wer unserer Presse vorbehaltlos glaubt, der kann auch Märchen für voll nehmen...“

**Das war nur eine kleine feine Auswahl an Kommentaren, doch den eigentlich größten Witz leisteten sich die Pfeffer-Bullen am Ende selbst. Sie zeigten die Demonstranten, die Anzeige gegen die Polizisten erstatteten, mal eben wegen Widerstands an.**

